

„Die neu erstehende deutsche Hauptstadt wird zum Symbol des Lebens der deutschen Nation werden — in einer Zeit, in der die Deutschen wie nie zuvor um die Erhaltung ihres Vaterlandes bangen. Sie wird die Kraft zeigen, mit der die Deutschen für den Frieden, für die Einheit Deutschlands kämpfen. Die deutsche Hauptstadt, unser Berlin, bisher gespalten und angeblich ohnmächtig, wird in ganzer Größe hervortreten und eine aktive Rolle bei der Herstellung der Einheit und eines dauerhaften Friedens übernehmen.“¹

Haben wir recht gehabt, als wir am 25. November 1951 sagten:

„Ein Aufbauieber wird die Menschen erfassen . . . Zehntausende in Berlin, Hunderttausende außerhalb Berlins werden mit dem Namen der deutschen Hauptstadt auf den Lippen entrümmern, mauern, schmelzen, gießen, fällen, forsten und transportieren usw.“²

Wir haben recht gehabt. Denn das, was wir hier sehen, was hier vor unseren Augen von Tag zu Tag wächst, bestätigt in schönster Weise die Voraussage unseres Zentralkomitees in seinem Vorschlag vom November vorigen Jahres.

Das friedliebende Deutschland arbeitet mit nie gekannter Begeisterung für den Aufbau seiner Hauptstadt Berlin.

Wenn der Aufbau dieser Stalinallee in Liedern und Gedichten besungen wird, wenn Kinder darüber wunderschöne Briefe schreiben, wenn unseren Filmschaffenden das neue Leben auf diesen Bauten Anregungen zu neuen Filmen gibt, wenn in Leuna wie im Mansfeld-Kombinat, wenn auf den Universitäten wie auf den MAS immer wieder das Thema Stalinallee steht, dann ist das gewiß kein Zufall.

Das ist die Folge unseres konsequenten, unermüdlichen Kampfes um den Aufbau und die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Unsere II. Parteikonferenz hat daraus die notwendigen politischen Schlußfolgerungen gezogen. Wir stellten fest, daß mehr als 80 Prozent der industriellen Produktion aus den volkseigenen Betrieben kommen. Wir stellten fest, daß die Arbeiterklasse es immer besser versteht, ihre volkseigenen Betriebe gut

¹ „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 637.

² Ebenda, S. 636.

zu leiten, Produkte bester Qualität zu erzeugen und wachsam zu werden gegenüber jedem Versuch der bewußten Störung und Sabotage.

Wir stellten fest, daß das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft fest geworden ist und die werktätigen Bauern die ersten Schritte auf einem neuen, guten Weg der genossenschaftlichen Arbeit machen.

Gestützt auf solche Aktivisten wie unsere Bauarbeiter, Poliere und Architekten in der Stalinallee, wie unsere Stahlwerker im Eisenhüttenkombinat Ost, in Riesa und Hettstedt,

gestützt auf unsere Kumpel in Zwickau und Mansfeld,

gestützt auf unsere Meisterbauern,

gestützt auf unsere Werftarbeiter und

gestützt auf den herrlichen Enthusiasmus unserer Jugend,

beschloß die II. Parteikonferenz, der Regierung und unserem Volke vorzuschlagen: in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus zu beginnen.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Beschluß mit genau der gleichen Begeisterung aufgenommen wird wie vor zwei Jahren der Beschluß unseres III. Parteitages mit dem Vorschlag der Inangriffnahme des ersten Fünfjahrplans der Deutschen Demokratischen Republik.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Arbeiter und die werktätigen Bauern, die technische und wissenschaftliche Intelligenz und daß unsere Jugend nun erst recht und mit noch größerer Entschlossenheit an die Verwirklichung des Planes des sozialistischen Aufbaus herangehen wird.

Daß wir dazu in der Lage sind, zeigt die Stalinallee. Hier entsteht die erste sozialistische Straße Berlins.

Die Häuser, die wir bauen, gehören dem Volke. Niemals wird ein Spekulant und Börsenschieber seine Hand auf diese Häuser legen können. In die Wohnungen ziehen die Arbeiter, die Angehörigen unserer Intelligenz. Kein Parasit, keiner, der auf Kosten des Volkes lebt, wird in unseren Häusern wohnen können. Wir werden schöne, helle, freundliche Läden schaffen, Läden, die dem Volke gehören, die Volkseigentum verkaufen, und wir sind gewiß, daß die Bewohner dieser Häuser immer in

der Lage sein werden, die Produkte zu kaufen, denn in einem sozialistischen Berlin wird es niemals mehr Arbeitslosigkeit geben.

Und das ist nur ein Anfang. Unsere II. Parteikonferenz schlägt vor, im nächsten Jahre mit dem Aufbau des Zentrums Berlins zu beginnen und mit der Schaffung weiterer, schöner, sozialistischer Wohnstätten in unserem Berlin.

Wir rufen die Bauarbeiter Berlins, die Bauarbeiter in Fürstenberg an der Oder-Neiße-Friedensgrenze, die Bauarbeiter von Magdeburg, Leipzig und Chemnitz auf, von nun an in sozialistische Wettbewerbe zu treten zum Aufbau unserer schönen deutschen Städte und ihnen das Gesicht der Arbeiterklasse, ihnen das Gesicht des schaffenden Volkes, ihnen das schöne Gesicht des Sozialismus zu geben.

Wir machen damit wahr, was uns Marx und Engels lehrten, was uns Lenin und Stalin in der Sowjetunion zeigen: wir bauen den Sozialismus auf.

Der Beschluß unserer II. Parteikonferenz wird für die Entwicklung in Deutschland, aber insbesondere für die Entwicklung unseres Berlin von entscheidender Bedeutung sein. Wenn die Frontstadtpolitiker in Westberlin immer davon faselten, daß Westberlin ein Schaufenster sein muß, dann haben die Westberliner diese Schaufensterpolitik bis zum Erbrechen satt bekommen. Dieses Schaufenster-Westberlin zeigt 300 000 Arbeitslose, darunter allein 30 000 erwerbslose Bauarbeiter. Das Schaufenster Westberlin zeigt Verzweiflung der Jugend, denn die Frontstadtpolitik kann ihnen keine Lehrstellen, kann ihnen keine Perspektive auf ein ehrliches, friedliches Leben verschaffen. Das Schaufenster Westberlin zeigt mit den ständig steigenden Preisen für Lebensmittel, mit Steuererhöhungen, Erhöhungen der Tarife für den Verkehr, Gas und Licht heute schon die Folgen der westdeutschen Aufrüstung. Wie wird es erst morgen aussehen, wenn Adenauer seinen amerikanischen Befehl ausgeführt hat und den Generalkriegsvertrag gegen das deutsche Volk in Anwendung bringt.

So zeigt das Westberliner Schaufenster alle Fäulniserscheinungen wie Arbeitslosigkeit und Krise, Kriegsvorbereitungen und wachsenden Terror gegen die friedliebende, Arbeit und Brot suchende Bevölkerung.

Hier aber zeigen wir das Gesicht des neuen, des demokratischen Berlins. Völlig recht hatte der Westberliner Gewerkschaftsfunktionär, als er nach der Besichtigung der Stalinallee sagte: jetzt habe er die Sonnenseite Berlins gesehen. Jawohl, hier soll die Sonne scheinen, die Sonne für die arbeitenden Menschen, die Sonne für unsere Frauen und Kinder. Aber weil die Sonne scheinen soll, weil den arbeitenden Menschen das Recht zusteht auf schöne, helle Wohnungen, deshalb müssen wir mit allen Kräften verhindern, daß irgend jemand kommen kann, um das begonnene Werk wieder zu zerstören. Dort drüben sitzen die Agentenzentralen. Der Prozeß gegen die Burianek-Bande hat gezeigt, wessen sie fähig sind und was sie beabsichtigen.

Aber sie mögen gewarnt sein:

Unsere II. Parteikonferenz schlägt deshalb dem Volke und unserer Regierung vor, unsere Stalinallee, die Bauten des Sozialismus, die friedliebende Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik, die Jugend, die Zukunft unseres Lebens, vor jedem Angriff zu schützen.

Wir sind gewiß, daß sich die Frontstadtpolitiker in Westberlin, die Bonner Regierung heiser schreien werden wegen unserer eindeutigen Erklärung, das Werk unseres schaffenden Volkes vor der Vernichtung durch einen neuen Krieg zu bewahren. Ihr Geschrei wird uns nicht stören, das zu tun, was im Interesse unseres Volkes notwendig ist. Wir Berliner haben in der Geschichte der Arbeiterbewegung genügend Beispiele erlebt, wie uns die Konzernherren mit ihren Streikbrecherbanden, mit ihrer Polizei, mit ihrer SA, mit der SS überfallen haben und niederknüppelten. Tausende unserer Besten wurden ihre Opfer. Wir denken nicht daran, noch einmal einen 1. Mai 1929, noch einmal einen 30. Januar 1933 zu erleben.

Die Kriegstreiber im Westen unserer Heimat und jenseits des Ozeans sollen wissen, daß die Arbeiterschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, geführt von ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, mit der Waffe in der Hand ihre sozialistische Heimat verteidigen wird. Wir sind fest davon überzeugt, daß unsere Bereitschaft zur Verteidigung das volle Verständnis, ja, die begeisterte Zustimmung immer größerer

Teile der Westberliner und der westdeutschen Arbeiterschaft und aller friedliebenden Menschen finden wird.

Auf unserer II. Parteikonferenz versicherten uns die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der volksdemokratischen und kapitalistischen Länder, daß unser Kampf um die Erhaltung des Friedens, um den Schutz unserer Heimat, um die Wiedererringung der Einheit unserer Nation ihre volle Zustimmung und tatkräftige Unterstützung findet. Wir sind stolz darauf, daß die siegreiche Kommunistische Partei der Sowjetunion, die Partei Lenins und Stalins, davon überzeugt ist, daß die Arbeiterklasse und alle werktätigen Deutschen erfolgreich ihre historische Aufgabe erreichen werden, ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches, friedliebendes Deutschland zu schaffen.

Diese neuen Beweise schönster internationaler Solidarität, dieser neue Beweis der herzlichen Freundschaft der Sowjetvölker und ihres Führers, unseres Freundes Stalin, verpflichtet uns zu neuen, großen, kühnen Taten im Kampf um die Erfüllung unseres Fünfjahrplans, im Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Laßt uns zusammen, Bauarbeiter der Stalinallee, ihr Jungen und ihr Alten, laßt uns zusammen, ihr Bauarbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik, am stolzen Werk des Sozialismus schaffen. Laßt uns zusammen mit größter Wachsamkeit unser Aufbauwerk schützen, damit Wirklichkeit wird, wie es in unserer Nationalhymne heißt:

„und die Sonne, schön wie nie, über Deutschland scheint“.

„SED-Pressedienst“, Sonderdienst,
vom 12. Juli 1952.



Präsident Wilhelm Pieck bei der Eröffnung des ersten Teillagers der Zentralen Pionierrepublik bei Altenhof am Werbellinsee

Die Republik baut für ihre Jugend

*Aus der Rede bei der Eröffnung der Pionierrepublik
am Werbellinsee
16. Juli 1952*

Ein schöner Tag führt uns heute hier in unserer herrlichen märkischen Heimat zusammen.

Es ist ein glücklicher Tag für unsere Jungen Pioniere. Der heiß-ersehnte Tag ist gekommen. Die Pionierrepublik ist eröffnet. Sechs wunderschöne Wochen liegen vor euch. Hier könnt ihr spielen, baden, Sport treiben, tanzen, singen, wandern, lesen, in den Arbeitsgemeinschaften lernen und basteln. Hier könnt ihr mit Hilfe eurer Jugendfreunde, der Pionier- und Arbeitsgemeinschaftsleiter eure Kenntnisse auf vielen Wissensgebieten erweitern und vieles hinzulernen. Hier könnt ihr in Gemeinschaft leben und den Freundschaften, die euch zu diesem herrlichen Lager delegierten, beweisen, *wie gut ihr es versteht, nach den Gesetzen der Jungen Pioniere zu leben.*

Das ist hier eure Republik, sie gehört ganz und gar euch, den Jungen Pionieren. Hinter euch stehen die *Bauarbeiter*, die sie nach den Plänen unserer Architekten erbauten. Sie haben es alle gern getan, die Männer und Frauen hier auf dem Bau und in den Büros am Zeichentisch, beim Ausarbeiten aller Pläne, denn es gibt kaum etwas Schöneres, als für unsere Jugend Erholungsstätten, Sportplätze, Kulturhäuser zu schaffen.

Mancher von den Bauarbeitern stellt jetzt die Frage: Wissen unsere Jungen Pioniere auch schon, wie viele Mühe und Arbeit in diesen Pionierhäusern, in dieser Schule, in allen diesen Einrichtungen der Pionierrepublik enthalten ist? Ich glaube, es wäre gar nicht schlecht, wenn ihr einmal die Bauarbeiter zu euch bittet, damit sie euch erzählen, wieviel Steine für ein Pionierhaus gebraucht wurden, wieviel Arbeitsstunden notwendig waren, um die Schule zu errichten.

Warum muß das alles ein Junger Pionier wissen? Er muß wissen, was die Arbeiter und Arbeiterinnen, was unsere Regie-

... rung für die Kinder und unsere Jugend alles tun, damit sie fröhlich leben und gut lernen kann.

Ich bin überzeugt, daß nach den sechs Wochen Leben in der Pionierrepublik jeder Pionier genau Bescheid weiß, worin die große Leistung unserer Bauleute bei der Schaffung dieser Bauten bestand.

Liebe Jugendfreunde! Ich denke, daß der heutige Tag auch zu den glücklichsten eures eigenen Lebens gehört. Eure Aufgabe ist groß und verantwortungsvoll, aber sie gehört zu den schönsten Pflichten eines jungen Menschen. Die Eltern haben euch ihre Kinder anvertraut. Die Regierung, der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend, das Zentralkomitee unserer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ich persönlich setzen in euch das Vertrauen, daß ihr eurer Aufgabe gerecht werdet.

Worin besteht diese Aufgabe? Ihr sollt den Jungen Pionieren vorleben und sie mit euch erleben lassen, wie Menschen täglich handeln, die ihre Heimat lieben, darum den Frieden bis zum äußersten verteidigen und in der Freundschaft mit den Völkern eine starke Waffe unseres Friedenskampfes erblicken. Ihr habt hier Pioniere aus allen Ländern unserer Deutschen Demokratischen Republik, aber auch Pioniere aus Griechenland und Bulgarien. Dazu erwartet ihr noch polnische Pioniere. Vor euch steht also die große Möglichkeit, durch die Schaffung eines wahren Freundschaftsverbandes der Pioniere untereinander zu beweisen, daß der große Freundschaftsbund der Völker notwendig, richtig und möglich ist. Ihr könnt hier den Jungen Pionieren durch ihr eigenes Leben begreiflich machen, daß von der Tätigkeit der Freundschaft zwischen den Völkern der Friede der Welt abhängt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen Bauarbeiter! Mir wurde berichtet, daß ihr alle, und in den letzten Tagen zusammen mit den Jugendfreunden, großartige Leistungen zur rechtzeitigen Fertigstellung dieser Pionierrepublik vollbracht habt. Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, im Namen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und in meinem Namen danke ich euch allen recht herzlich dafür.

Mit meinem Dank verbinde ich den Wunsch, daß auch die Fertigstellung der weiteren Bauabschnitte planmäßig erfolgt und möglichst vorfristig erfüllt wird.

Ich glaube, daß es für Architekten, Poliere und Bauarbeiter kaum etwas Schöneres geben kann, als an solchen Bauten für unsere Kinder zu schaffen. Ihr wißt, daß die hiesigen Bauten *nur ein Teil von den großen Bauvorhaben* sind, die wir in der gesamten Republik für unsere Kinder und unsere Jugend errichten. Die älteren Kollegen werden mir gern bestätigen, daß *es derartige Bauten für die Kinder unseres Volkes noch niemals in Deutschland gegeben hat* und auch heute nicht in Westdeutschland gibt. Gerade diese Gegend in der Schorfheide zeigt den neuen Charakter unseres Staates. Hier wurden früher nur Prachtbauten für Hindenburg und Hitler, Göring und Goebbels errichtet. Unsere Bauten für die Jugend am Bogensee und hier für die Kinder sind ein weiterer überzeugender Beweis: *Die Deutsche Demokratische Republik ist eine Republik des Volkes, der arbeitenden Menschen und ihrer Jugend.*

Die Schaffung dieser Pionierrepublik kennzeichnet den Willen unserer Regierung zum friedlichen Aufbau, zur Freundschaft mit den Völkern, zur Hebung des Wohlstandes unseres Volkes, zur Sicherung einer glücklichen Zukunft für unsere Jugend.

Wenn wir aber davon überzeugt sind — und wer würde es nicht sein, der selbst an diesem Werke schafft —, dann gilt es auch, das mit eigenen Händen Geschaffene *vor jeder Zerstörung zu bewahren.*

Schaut in diese lachenden Kindergesichter! Hört ihre Lieder, seht euch ihre Tänze an, schaut ihnen zu, wenn sie sich jauchzend im Wasser tummeln, beobachtet sie, wie sie mit kindlichem Ernst lernen, denkt an eure eigenen Kinder — und dann sagt selbst: *Müssen wir nicht alles tun, um das Leben, um das Lachen dieser Kinder, um unser eigenes Glück vor einem neuen Krieg zu schützen?*

Ja, wir müssen es und wir werden es tun! Niemand wird uns daran hindern können, mit eigenen *nationalen Streitkräften* die Bauten des Friedens vor Zerstörung zu bewahren, das Leben unserer Frauen und Kinder vor jedem Angriff zu hüten.

Niemand in Deutschland soll glauben, daß die USA-Generale in Europa weniger grausam sind als ihre Kollegen in Korea. Die Anwesenheit des Pestgenerals Ridgway in Westdeutschland ist Warnung genug. Aber die Kriegstreiber in den USA und ihre deutschen Lakaien sollen auch wissen, daß sie auf Granit beißen werden, wenn sie es wagen, das Leben unseres Volkes anzutasten.

Ohne uns von dem wüsten Geschrei der Kriegstreiber stören zu lassen, setzen wir unser friedliches Aufbauwerk fort. Wir werden nichts unterlassen, um recht bald mit starken, gut ausgebildeten, gut ausgerüsteten Verteidigungskräften unsere Heimat schützen zu können. Die II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, deren Beratungen vor vier Tagen abgeschlossen wurden, schlug unserem Volk und unserer Regierung vor, planmäßig mit dem *Aufbau des Sozialismus* in der Deutschen Demokratischen Republik zu beginnen.

Ich bin überzeugt, daß die Verwirklichung dieses Beschlusses die Kräfte des Friedens in ganz Deutschland stärken und zu neuen glänzenden Resultaten im sozialistischen Wettbewerb bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik führen wird.

Was wir hier mit der Pionierrepublik, in Berlin mit der Stalinallee, mit der Wohnstadt beim Eisenhüttenkombinat Ost begonnen haben, wird seine Fortsetzung und Vollendung in unserer Deutschen Demokratischen Republik finden.

Unsere Bauarbeiter, Poliere, Architekten sind zu neuen kühnen Taten in der Errichtung sozialistischer Bauten aufgerufen.

Liebe Junge Pioniere, liebe Jugendfreunde! Ihr habt dieser schönen Pionierrepublik meinen Namen gegeben. Ich möchte diese herzliche Ehrung als eine Ehrung der deutschen Arbeiterklasse ansehen, die heute im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz dazu übergeht, in unserer Deutschen Demokratischen Republik den Sozialismus aufzubauen.

Ich möchte diese Ehrung als eine Ehrung der großen Lehren von *Marx, Engels, Lenin* und *Stalin* auffassen. Der Marxismus-Leninismus wies uns den Weg zum Sozialismus und zum Frieden, zum Aufbau einer so schönen Welt für unsere Kinder.

Ich wünsche euch, liebe Junge Pioniere, unseren Gästen aus dem Auslande schöne, sonnige und frohe Ferientage. Seid fröhlich im Spiel, mutig beim Sport und eifrig beim Lernen. Denkt

immer daran, daß diese Pionierrepublik euer gemeinsames Eigentum ist. Haltet es sauber, wahrt es vor Beschädigung und schützt es vor mutwilliger Zerstörung.

Zu Spiel und Sport, zum Lernen, zur Freundschaft mit den Kindern der Welt:

Seid bereit!

Nach dem Stenogramm.

Weg mit dem Generalvertrag! – Her mit dem Friedensvertrag!

Rundfunkansprache

28. August 1952

Deutsche Männer und Frauen!

Deutsche Jugend!

Das Leben und die staatliche Existenz des deutschen Volkes sind in großer Gefahr! Es geht darum, ob das deutsche Volk in einen neuen Krieg hineingetrieben, ob es seine staatliche Einheit verlieren und in die völlige Abhängigkeit von den amerikanischen Machthabern, in Not und Elend geraten soll.

Der Generalkriegsvertrag, den Adenauer in Geheimverhandlungen mit den Generalen der Westmächte am 26. Mai in Bonn unterschrieben hat, soll jetzt von den Abgeordneten des Bonner Bundestages anerkannt, ratifiziert und damit eine unheilvolle Entscheidung über die westdeutsche Bevölkerung getroffen werden. Adenauer hat in Bonn unterschrieben, daß der westdeutsche Staat auf alle Souveränitätsrechte verzichtet und die Entscheidung über die Zukunft des gespaltenen Deutschlands völlig den Westmächten überlassen wird. Durch die Notstandsklausel im Artikel 5 des Vertrages kann sogar der Bundesregierung jegliche Regierungsgewalt genommen und diese in die Hände der Besatzungsmächte übertragen werden, wenn nach der Auffassung der Westmächte eine schwere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eintritt oder ein solches Ereignis zu befürchten ist. Da die amerikanischen Monopolverherren jeden Kampf der Arbeiterschaft um Lohn und Brot, jede Aktion des Volkes für Einheit und Frieden als Störung ihrer Ordnung betrachten, haben sie in Westdeutschland die Möglichkeit, Parteien aufzulösen, Zeitungen zu verbieten, Kundgebungen und Demonstrationen zu untersagen und nach Kriegsrecht zu schalten und zu walten. Der Vertrag gibt den Besatzungsmächten das Recht, auf unbegrenzte Zeit auf deutschem Gebiete

zu bleiben. Vorerst ist dafür eine Frist von 50 Jahren vorgesehen.

Kann man sich vorstellen, daß der Kanzler eines Staates hinter dem Rücken des Volkes einen solchen Vertrag der völligen Auslieferung des Volkes an fremde Mächte unterschreibt? Und doch ist es so von Adenauer geschehen. Jetzt sollen die Abgeordneten des Bundestages ihre Zustimmung dazu geben und damit für das Verbrechen, das Adenauer am Volke beging, die Verantwortung übernehmen.

Das darf nicht geschehen. Jeder Abgeordnete des Bundestages muß von der westdeutschen Bevölkerung durch große Massenkundgebungen verpflichtet werden, die Zustimmung zu dem Generalkriegsvertrag abzulehnen. Der Generalkriegsvertrag darf nicht zustande kommen. Es wäre der Weg in den Krieg, in die völlige Verarmung der westdeutschen Bevölkerung.

In dieser Not und Gefahr kommt dem deutschen Volke wieder die Regierung der Sowjetunion zu Hilfe. Durch ihre Note vom 23. August 1952 an die drei Westmächte weist sie dem deutschen Volke den Weg, auf dem der Friede gesichert, dem deutschen Volke der Friedensvertrag verschafft und die Einheit seines Vaterlandes herbeigeführt werden kann. Die Sowjetregierung macht in dieser Note den Westmächten den Vorschlag auf sofortige Einberufung einer Viermächtekonferenz, in der über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und über die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung beraten werden soll. Außerdem soll auf dieser Konferenz die Frage des Termins für den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland erörtert werden. An dieser Konferenz sollen auch Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zur Erörterung der gestellten Fragen teilnehmen.

Das sind Vorschläge, denen jeder deutsche Patriot aus vollem Herzen seine Zustimmung geben kann. Nach den Vorschlägen der Sowjetunion soll die Zukunft des deutschen Volkes vom deutschen Volk selbst bestimmt werden. Das deutsche Volk soll die Möglichkeit erhalten, wieder in einem unabhängigen, friedliebenden, geeinten Deutschland zu leben.

Der von Adenauer eigenmächtig unterschriebene Separatvertrag verhindert die Schaffung eines geeinten, friedliebenden Deutschlands. Darum dürfen die Abgeordneten des Bundestages niemals ihre Zustimmung zur Anerkennung des Vertrages geben, weil sie sich damit mitschuldig machen an dem größten Verbrechen gegenüber dem deutschen Volke. Alle patriotischen, friedliebenden Deutschen müssen die Abgeordneten des Bundestages verpflichten, unter keinen Umständen dem Generalkriegsvertrag zuzustimmen. Es darf keine Stunde mehr gezögert werden, da bereits in den nächsten Tagen in Bonn die Beratungen beginnen, die zur Anerkennung des Vertrages führen sollen.

Millionen deutsche Frauen und Männer, die deutsche Jugend erblicken im Bonner Separatvertrag mit vollem Recht einen offenen Kriegspakt, ein Instrument der nationalen und sozialen Versklavung Westdeutschlands durch die Westmächte. Jede Hausfrau, jeder Angestellte, jeder Beamte, jeder Geistes-schaffende spürt heute bereits die schweren Auswirkungen des noch nicht einmal ratifizierten Generalvertrages. Die Preise für alle wichtigen Lebensmittel steigen ununterbrochen. Die Ursache liegt in den ungeheueren finanziellen Lasten, die dem deutschen Volk durch den Generalvertrag auferlegt werden. Die Rüstungsausgaben sollen monatlich 850 Millionen D-Mark betragen. Hunderte Millionen D-Mark muß das deutsche Volk für die Unterbringung und den Unterhalt der Okkupationstruppen aufbringen. Damit nicht genug, verpflichtete sich die Adenauer-Regierung zur Anerkennung der Auslandsschulden. Das sind weitere 700 Millionen D-Mark, die das deutsche Volk jährlich an das Ausland abführen muß.

Schon heute sind die Auswirkungen allen Werktätigen spürbar. Im Ruhrgebiet gab es im ersten Halbjahr 1952 mehr tödliche Unfälle als im ganzen Jahr 1951. Das berüchtigte Betriebsverfassungsgesetz raubt den Arbeitern und Angestellten ihre demokratischen Rechte in den Betrieben. Reaktionäre Arbeitsrichter erklären heute in zynischer Frechheit den berechtigten Streik der Druckereiarbeiter gegen die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes für verfassungswidrig. Die Gewerkschaften sollen gezwungen werden, den Unternehmern Schadenersatz zu leisten.

Zu diesen Tatsachen der ständigen Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung und des Raubes der demokratischen Rechte und Freiheiten kommen so ernste Signale, wie faschistische Bandenüberfälle auf das Eigentum der Arbeiterorganisationen, wie der Mord an dem Eisenbahner Fritz Schönherr in Westberlin. Die Gefängnisse im Westen füllen sich mit aufrechten Patrioten unseres Volkes, die den Mut haben, dem Kriegskurs der Adenauer-Regierung ein eindeutiges „Halt“ entgegenzurufen.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Pfeleiderer sprach die Befürchtung aus, daß sich der Bonner Separatvertrag als eine Drachensaat erweisen wird. Ja, er ist eine Drachensaat. Milliardenlasten für Aufrüstung und Besatzungskosten; unumschränkte Gewalt der Okkupationsmächte in unserer Heimat; Auslieferung unserer westdeutschen Jugend an die Hittlergenerale; deutsche Jungen sollen in Korea, Vietnam, Malaya und Tunesien Blut und Leben für die internationalen Rüstungskonzerne opfern; Beseitigung aller demokratischen Rechte und Freiheiten und schließlich als Ziel dieser verhängnisvollen Politik des Verrats an Volk und Nation ein Krieg auf deutschem Boden, der ganz Deutschland in verbrannte Erde verwandeln soll.

So sieht die Zukunft unseres deutschen Volkes nach den Plänen der amerikanischen Kriegstreiber und ihrer deutschen Helfershelfer aus. Erinnert euch, meine lieben Landsleute, an die Situation vor zwanzig Jahren. 1932 warnte unser unvergeßlicher Ernst Thälmann das deutsche Volk vor der Politik Hitlers mit den Worten: „Hitler, das ist der Krieg!“ Jeder Deutsche weiß, wie recht Ernst Thälmann hatte.

Heute sage ich euch mit aller Verantwortlichkeit: Der Bonner Separatvertrag führt zum Krieg, führt zur Vernichtung alles dessen, was uns teuer und lieb ist, zur Zerstörung unserer Heimat, zum Tod unserer Frauen und Kinder.

Aber es liegt in unserer Hand, in der Hand aller friedliebenden Menschen, den Kriegstreibern den Weg zu versperren. Das deutsche Volk braucht keinen Generalvertrag. Was es braucht, ist ein Friedensvertrag, eine souveräne deutsche Regierung und ein geeintes, demokratisches, friedliebendes Deutschland.

Den Kriegstreibern kann der Weg versperrt werden, wenn

die deutschen friedliebenden Menschen in Stadt und Land millionenfach die Forderung stellen: Weg mit dem Generalvertrag! — Her mit dem Friedensvertrag!

Sozialdemokratische Arbeiter, Kollegen vom Deutschen Gewerkschaftsbund! Ihr habt in machtvollen Kundgebungen gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz protestiert. Die Adenauer-Regierung hat es trotzdem durchgesetzt, und ihr spürt bereits die Wirkungen dieser reaktionären Politik in den Betrieben. Wie würde die Lage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen erst werden, wenn der Generalvertrag mit allen seinen Lasten Wirklichkeit wird?

Gewerkschaftskollegen! Ihr habt in euren Kundgebungen und Versammlungen immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß gegen den Willen der geeinten Arbeiterschaft keine Regierung existieren kann. Jetzt gilt es, von dieser richtigen Erkenntnis zur Tat zu schreiten. Der Generalvertrag trifft Sozialdemokraten und Kommunisten, christliche und unorganisierte Arbeiter in gleicher Weise. Darum gilt es jetzt, in jedem Betrieb, in jedem Ort, in jeder Arbeiterorganisation gemeinsame Beschlüsse zu fassen, um die Anerkennung des Generalvertrages zu verhindern.

Deutsche Bauern! Ihr habt mit vollem Recht dagegen protestiert, daß Dörfer wegen des Baus von Flugplätzen geräumt werden, daß eure mühselige Arbeit durch die Manöver der Besatzungstruppen vernichtet wird. Was würde erst geschehen, wenn die Besatzungsmächte auf Grund des Generalvertrages noch mehr Truppen nach Deutschland bringen, noch mehr Bauernland in Exerzierplätze verwandeln? Das kann und muß verhindert werden! Schließt euch mit den Arbeitern und den Werktätigen zu einem Bündnis zusammen und fordert alle gemeinsam von euren Abgeordneten in den Bundesparlamenten, von den Gemeinde- und Stadtverwaltungen, von den Landesregierungen, daß sie diesen Generalvertrag, diesen Vertrag der wirtschaftlichen Ausplünderung unseres Volkes, diesen Vertrag, der uns in den Krieg treiben soll, mit aller Entschiedenheit ablehnen und ihm niemals ihre Zustimmung geben.

Der einheitliche Wille aller Deutschen in Ost und West, in Süd und Nord unseres Vaterlandes, einen Friedensvertrag zu

erhalten, in einem geeinten, friedliebenden Deutschland zu leben, wird die Absichten der Adenauer-Regierung und ihrer amerikanischen Auftraggeber zunichte machen. Erheben wir in gewaltigen Massenkundgebungen unsere Forderung: Keine Ratifizierung des Bonner Kriegspaktes!

Schnellste Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland, für gesamtdeutsche Verständigung und Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und den Abzug aller Besatzungstruppen nach Abschluß eines Friedensvertrages, so wie es die Sowjetunion in ihrer Note vorschlägt.

Das ist der Weg, der zum Frieden führt und zum Glück unseres Volkes. Zögern wir nicht, ihn zu beschreiten. Das große, weltumspannende Friedenslager steht hinter uns. Auf diesem Wege des Friedens werden uns die Völker der Welt gute Freunde sein.

Der Lohn unseres nationalen Kampfes wird die Einheit unseres Vaterlandes, der Frieden für unser Volk sein.

„Neues Deutschland“ vom 29. August 1952.

Kampf für Frieden und sozialistischen Aufbau

*Aus der Rede auf einer Kundgebung in Magdeburg
3. September 1952*

Ich bin sehr gern dem Ruf der Nationalen Front des Kreises und Bezirkes Magdeburg gefolgt, vor den Magdeburger Arbeiterinnen und Arbeitern, vor der technischen Intelligenz, den Bauern, Landarbeitern und vor unserer Jugend über jene Fragen zu sprechen, die heute alle deutschen Menschen, ja, alle friedliebenden Menschen in der ganzen Welt aufs tiefste bewegen.

Am heutigen Tage beginnen in Bonn die Verhandlungen über die Ratifizierung des Generalkriegsvertrages. Als am 26. Mai 1952 Adenauer seine Unterschrift unter den Generalvertrag setzte, erhob sich in ganz Deutschland ein gewaltiger Proteststurm gegen diesen Pakt der nationalen Schande und Würdelosigkeit. Deutsche aus allen Teilen unserer Heimat ließen sich nicht von den scheinheiligen Worten der Adenauer-Regierung beirren. Sie erkannten, daß der Generalvertrag

erstens: die Spaltung Deutschlands vertiefen und befestigen soll. Die Westmächte haben sich im Generalvertrag ausdrücklich alle „Rechte auf die Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen“ vorbehalten.

Damit verzichtet die Bonner Regierung auf eine selbständige deutsche Politik in den Fragen der nationalen Einheit unseres Volkes und unterwirft sich bedingungslos dem Diktat der Westmächte.

Die Adenauer-Regierung irrt aber in ihrer Annahme, daß sich auch das deutsche Volk dem Diktat der Westmächte fügen und auf die Wiederherstellung der Einheit unserer Nation verzichten wird. Keine Macht der Welt kann das deutsche Volk daran hindern, für sein nationales Recht auf Einheit und Frieden so lange zu kämpfen, bis die Einheit wiederhergestellt und ein Friedensvertrag abgeschlossen ist.

Zweitens gibt der Generalvertrag den Westmächten das Recht der „Stationierung von Streitkräften in Westdeutschland und den Schutz ihrer Sicherheit“.

Die Westmächte können damit Truppen in beliebiger Zahl, in jeder von ihnen gewünschten westdeutschen Stadt, einquartieren. Die westlichen Okkupationsmächte haben nach dem Generalvertrag das Recht, private und öffentliche Gebäude in beliebiger Zahl, Ackerland und Waldgebiete im beliebigen Umfang für ihre Zwecke zu beschlagnahmen. Die Dauer der Besetzung ist auf Grund des Vertrages über die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft zunächst auf 50 Jahre festgesetzt worden. Die westdeutsche Bevölkerung hat lediglich das Recht, den Unterhalt dieser westlichen Okkupationstruppen, einschließlich des von ihnen verursachten Schadens, zu bezahlen.

Die Adenauer - Regierung wagt es nicht, der westdeutschen Bevölkerung die wahre Höhe der Besatzungskosten mitzuteilen. Sind es 5 Milliarden wie für 1950, oder 8 Milliarden wie für 1951, oder 9 Milliarden wie für 1952? Auf jeden Fall spürt jede westdeutsche Hausfrau durch die ständigen Preissteigerungen für alle Lebensmittel, für Gas und Elektrizität, für Straßenbahn und Eisenbahn, daß die Besatzungskosten vom Volk gezahlt werden müssen. Die westdeutsche Bevölkerung weiß auch, daß die Ansprüche der Besatzungstruppen nicht geringer, sondern größer werden.

Aber unsere westdeutschen Landsleute denken nicht daran, die westlichen Besatzungstruppen für 50 Jahre oder mehr zu ernähren, zu bekleiden und in ihren Häusern wohnen zu lassen. Mehr als 8 Millionen Menschen haben in Westdeutschland durch Unterschriften und Abstimmungen eindeutig erklärt: sie wollen keine Besatzungsmacht und keinen Generalvertrag, sondern einen Friedensvertrag mit dem Abzug aller Besatzungstruppen, wie das von der Sowjetunion seit Jahren vorgeschlagen wird.

Drittens verlangen die Westmächte von Deutschland die Aufstellung einer Söldnerarmee. Über die Führung dieser Armee und über ihre Aufgaben gibt es keinen Zweifel. Die Hitlergenerale sollen nach dem Willen der USA-Kriegstreiber an der Spitze dieses westdeutschen Söldnerheeres stehen. Dieselben Generale, die blindlings alle Befehle der Hitler-Regierung befolg-

ten, für den Tod von Millionen deutschen Soldaten verantwortlich sind, sollen das Recht erhalten, noch einmal unsere westdeutsche Jugend auf die Schlachtbank zu führen. Die USA-Herren lassen auch keinen Zweifel darüber, wozu sie das westdeutsche Söldnerheer brauchen. Wir erinnern uns sehr deutlich der Worte des amerikanischen Generals Collins:

„Es ist genug, daß wir die Waffen liefern, unsere Söhne sollen nicht in Europa verbluten. Es gibt genug Deutsche, die für die USA-Interessen sterben können.“

Und die erzreaktionäre „New York Times“ schrieb im Oktober 1950:

„Es wird ganz besonders notwendig sein, neue Quellen für Menschenreserven zu finden, die nur aus Deutschland kommen können. Amerika hat ein Recht, für jeden Dollar, den es ausgibt, Kampfkraft im Werte eines Dollars zu erwarten.“

Westdeutsche Zeitungen teilten mit, daß der ehemalige amerikanische Hochkommissar für Westdeutschland, McCloy, die Kosten zur Aufstellung dieser Söldnerarmee für die nächsten drei Jahre auf 28 Milliarden Mark bezifferte. Das gehört auch zu dieser Neuordnung im Generalvertrag: ein amerikanischer Hochkommissar für Deutschland teilt dem amerikanischen Kongreß mit, was die deutsche Bevölkerung für das deutsche Söldnerheer aufzubringen hat. Und nicht nur das — es wird schon in aller Offenheit davon gesprochen, daß solche deutschen Formationen auch außerhalb Deutschlands, ja außerhalb Europas zum Einsatz gebracht werden können. Heute bereits kämpfen Zehntausende deutscher Männer in der französischen Fremdenlegion und verbluten in dem ungerechten Krieg der französischen Monopolherren gegen das vietnamesische Volk. Was die französische Fremdenlegion heute im kleinen ist, das soll morgen der deutsche Anteil in der Europa-Armee im großen sein. Auf fremden Befehl, unter dem Kommando der Hitlergenerale sollen deutsche Soldaten für die Interessen der Rüstungsherren kämpfen und sterben.

Doch die Pläne der amerikanischen Generale haben einen Spekulationsfehler: sie rechnen nicht mit dem Willen der deut-

schen Jugend, in Frieden zu leben, statt im Krieg der Dollar-
milliardäre zu verbluten. Belgische Friedensfreunde, *belgische*
Soldaten haben den USA-Herren klargemacht, daß es eine *Sache*
ist, was die Kriegstreiber wollen und eine andere *Sache*, was sie
erreichen können. Die belgische Arbeiterschaft im Bündnis mit
den Soldaten hat durch eine gewaltige Protestaktion die von den
USA-Generälen befohlene Einführung der zweijährigen Dienst-
pflicht zum Scheitern gebracht. Damit gab die belgische Arbeiter-
schaft besonders unseren westdeutschen Friedensfreunden ein
glänzendes Beispiel, wessen die Arbeiterklasse fähig ist, wenn
sie geschlossen, einheitlich, in wuchtigen Massenaktionen ihren
Willen zum Ausdruck bringt.

Ich bin überzeugt, daß sich auch unsere westdeutschen Freunde,
die Kumpel im Ruhrgebiet und die Metallarbeiter von Bayern
und Württemberg wie die Werftarbeiter von Hamburg und
Bremen der glorreichen Einheitsfrontaktionen zur Niederschlagung
des Kapp-Putsches und zur Verjagung der Cuno-Regierung
erinnern werden. Es ist und bleibt eine Tatsache: gegen die Ein-
heitsfront aller Werktätigen, insbesondere aber gegen die ein-
heitlichen Kampffronten von kommunistischen, sozialdemokra-
tischen und parteilosen Arbeitern in den Betrieben kann keine
einzige deutsche Regierung auch nur einen Tag regieren. Die
Arbeiterklasse Westdeutschlands wird sich genau wie in Belgien,
genau wie vor 30 Jahren, ihrer gewaltigen Kraft bewußt werden,
und an dieser Kraft wird der Generalvertrag, werden alle Pläne
Adenauers und seiner amerikanischen Auftraggeber zerschellen.

Die erzreaktionären Verfasser und Unterzeichner des General-
kriegsvertrages wissen selbstverständlich ganz gut, daß unsere
westdeutschen Landsleute niemals auf die Dauer die soziale und
nationale Versklavung an die Westmächte durch den General-
vertrag widerstandslos hinnehmen werden. Deshalb ist das
vierte Kennzeichen dieses Generalkriegsvertrages die berüch-
tigte Notstandsklausel in Artikel 5 des von Adenauer gegen den
Willen des deutschen Volkes unterschriebenen Paktes. Dieser
Artikel 5 gibt den Westmächten das Recht, bei einer „schweren
Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder durch
den ernstlich drohenden Eintritt eines dieser Ereignisse“ in der
gesamten Bundesrepublik den Notstand zu erklären, um die

gesamte Regierungsgewalt zu übernehmen. Wir kennen diese Art Notstand. Wir erlebten einen solchen Notstand unter Bismarck als Sozialistengesetz, unter Noske als Ausnahmezustand und unter Hitler mit der Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen, mit der Ermordung von Zehntausenden von Arbeiterfunktionären und aufrechten Kämpfern aller Parteien und Glaubensbekenntnisse für den Frieden.

Wenn amerikanische Generale von Notstand sprechen, dann meinen sie eine Gefahr für den Profit ihrer Rüstungsherren. Jede Lohnbewegung, jeder Streik der Arbeiter und Angestellten, jeder Kampf um Frieden und Einheit unseres Volkes ist den Herren Rüstungsgewinnlern eine Gefährdung ihrer Ordnung. Sie werden nicht zögern, nach dem Beispiel des Blutsonntags von Essen mit allen Mitteln des Terrors und Mordes gegen die westdeutsche Bevölkerung vorzugehen. Es scheint einem deutschen Menschen unvorstellbar, daß ein deutscher Politiker ein derartiges Abkommen, das fremden Generalen die deutsche Bevölkerung wehrlos ausliefert, unterschreibt!

Und trotzdem ist es so. Adenauer gab seine Unterschrift, weil er mit den Waffen der Amerikaner in den Händen deutscher Söldlinge die Konzernherrschaft in Westdeutschland aufrechterhalten will. Adenauer gab seine Unterschrift, weil ihn Krupp in Essen, die IG-Farbenindustrie in Mannheim, Ludwigshafen und Höchst, die Wehrwirtschaftsführer Hitlers, solche Leute wie Pferdenges, Abs, Zangen aufforderten, den Willen unserer westdeutschen Landsleute um Frieden und die Einheit mit den brutalsten Mitteln zu brechen.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate in Westdeutschland lassen keinen Zweifel über diese Absichten der amerikanischen Kriegstreiber und ihrer deutschen Geschäftspartner. Adenauer hat im Bonner Parlament das berüchtigte Betriebsverfassungsgesetz durchgepeitscht. Dieses Gesetz raubt den Arbeitern, Angestellten und Beamten alle demokratischen Rechte in den Betrieben und Verwaltungen. Durch dieses Gesetz wurden der westdeutschen Arbeiterschaft alle sozialen Rechte geraubt, die sie sich durch die Revolution von 1918 und nach 1945 erkämpft hatte. In Westdeutschland sind wieder die Besitzer der Konzerne und die Aktionäre die unumschränkten Herren der

Betriebe. Krupp führt wieder das große Wort. Er bekam sein Vermögen bis auf den letzten Pfennig zurück, obwohl er in Nürnberg als Verbrecher gegen die Menschlichkeit verurteilt wurde.

Wenn es eines Beweises bedurfte, wie sehr sich die ehemaligen Wehrwirtschaftsführer Hitlers wieder in Westdeutschland fest im Sattel dücken, so zeigen das die Aktienkurse an den westdeutschen Börsen. Es gibt heute bereits in Westdeutschland viele Großunternehmen, deren Aktienwert allein in diesem Jahr um das Doppelte gestiegen ist. So erhält ein Aktionär der „Gute Hoffnungs Hütte“ für eine 1000-Mark-Aktie heute bereits 2290 Mark, ohne daß er selbst auch nur einen Handschlag getan hat. Das ist die westdeutsche Wirklichkeit. Hohe Preise für Lebensmittel, für Mieten und hohe Aktienkurse, damit wachsende Not, wachsendes Elend bei der Bevölkerung und in Westberlin allein 300 000 Arbeitslose.

Doch es wäre ein Irrtum zu glauben, daß die Herren Krupp, Pferdenges, die Direktoren von der IG-Farbenindustrie ungestraft ihre Politik des nationalen Verrates und der Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung Westdeutschlands durchführen können. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil der erfolgreiche Aufbau in unserer Deutschen Demokratischen Republik jeden Besucher aus Westdeutschland überzeugt, wie ohne Aktionäre, ohne Großgrundbesitzer, ohne Wehrwirtschaftsführer, ohne Hitlergenerale die Grundlagen des Sozialismus bei uns geschaffen werden.

Die Adenauer-Regierung in Bonn wird bei den kommenden Verhandlungen über die Ratifizierung des Generalkriegsvertrages durch die Bonner Abgeordneten viele scheinheilige, heuchlerische Worte über die angebliche Notwendigkeit der Verteidigung finden. Sie stellt den Generalkriegsvertrag und den Pakt über die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft als eine notwendige Maßnahme zum Schutz der deutschen Heimat hin. Aber diese wird von niemand anderem bedroht, als nur von den amerikanischen Kriegstreibern, in deren Dienste Adenauer den Pakt unterschrieb.

Den Bonner Politikern ist allerdings in diesen Tagen ein großes Malheur passiert: Der amerikanische Präsidentschaftskandidat General Eisenhower hielt vorige Woche eine Rede auf dem

Bundeskongreß der Kriegsteilnehmerorganisation. Wir erinnern uns sehr gut, daß diese amerikanische Legion sehr herzliche und enge Beziehungen in der Nazizeit zur Hitler-Regierung, zur SA und SS unterhielt. Vor dieser reaktionären, kriegslüsternden Organisation sprach Eisenhower nicht über die Verteidigung der USA oder ihres Protektorats Westdeutschland. Die Rede war eine Kampfansage gegen den Kommunismus und zur Unterwerfung europäischer Länder.

Man kann von einem amerikanischen General kaum Geschichtskennntnisse erwarten. Aber er sollte sich dann von seinen Ratgebern belehren lassen. Er sollte sich sagen lassen, daß sich schon Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ lustig gemacht hat über die lächerlichen Absichten reaktionärer Regierungen, die Flut des Kommunismus zurückzudrängen. Auch ein gewisser Hitler ist in den Kampf gezogen, um den Kommunismus zurückzudrängen. Und jetzt will Eisenhower in seine Fußtapfen treten.

Stalin hat einmal gesagt, daß sich Hitler für einen neuen Napoleon ausgab. Jedoch, so setzte Stalin hinzu, war Hitler Napoleon genauso ähnlich wie ein Kater dem Löwen. Wenn Eisenhower in der Sprache Hitlers und Goebbels von einem Kreuzzug gegen den Kommunismus spricht, dann sollte er sich in allererster Linie daran erinnern, wie diese beiden Kreuzfahrer gegen den Kommunismus geendet haben.

Der redelustige General Eisenhower hat in seiner Rede die wahren Absichten seiner Auftraggeber enthüllt. Er reklamiert als amerikanische Blutsverwandte Letten, Litauer, Esten, Polen, Tschechoslowaken, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Albanier, Deutsche, Österreicher, Chinesen, Mongolen, die durch die USA befreit werden müssen. Das nennt er Verteidigung der USA, viele Tausende Kilometer von den Landesgrenzen entfernt, genauso wie Hitler Magdeburg und Berlin in Narvik, bei Stalingrad, in der afrikanischen Sandwüste und am Atlantik zu verteidigen vorgab.

Das deutsche Volk, und ich bin überzeugt, nicht weniger die Völker ganz Europas verzichten auf diese sogenannte Verteidigung durch USA-Generale. Das Leben der europäischen Völker ist nicht durch Kommunismus und Sozialismus bedroht, sondern ist einzig und allein bedroht durch die Profitsucht der Rüstungs-

herren und Rüstungskonzerne ganz gleich ob sie einen amerikanischen, englischen, deutschen oder französischen Namen tragen.

Zweimal in diesem Jahrhundert hat unser deutsches Volk die fürchterlichen Schrecken eines Krieges erlebt. Magdeburg, diese tausendjährige Stadt, eine der ältesten unseres deutschen Vaterlandes, wurde durch einen amerikanischen Bombenangriff zu fast 70 Prozent zerstört. Wer kann daran zweifeln, daß die USA-Generale nicht zögern werden, bei einem neuen Krieg mit Atomwaffen, Napalmbomben und Bakterien alle unsere deutschen Städte zu zerstören und die Bevölkerung auszurollen. Daß sie dazu fähig sind, beweisen die USA-Generale zu ihrer Schande und zum Schrecken aller friedliebenden Menschen tagtäglich in Korea. Das koreanische Beispiel zeigt am deutlichsten, wer den Frieden der Welt stört. USA-Flugzeuge sind es, die täglich ihre fürchterliche Bombenlast auf Dörfer und Städte in Nordkorea abladen, Zehntausende friedlicher Männer, Frauen und Kinder töten.

Angesichts der unmenschlichen Grausamkeiten, die von USA-Generalen in Korea, von englischen Generalen in Malaya und von französischen Generalen in Vietnam vollbracht werden, kann es für uns Deutsche nur eines geben: *Ami, go home!* Fort mit dem Generalkriegsvertrag, der amerikanischen, englischen und französischen Generalen das Recht auf unsere westdeutsche Heimat gibt. Her mit einem Friedensvertrag, der dem deutschen Volke das Recht gibt, in seinem eigenen Lande nach eigenem Ermessen, nach deutschem Recht zu regieren.

Es gibt keine Macht der Welt, die einem so großen Kulturvolk, wie es das deutsche Volk ist, das der Welt einen so großen Anteil an der Wissenschaft, der Technik und Kunst gegeben hat, auf die Dauer sein Recht auf nationale Einheit und einen gerechten Friedensvertrag verweigern kann. Es erfüllt uns mit großer Genugtuung und heißer Dankbarkeit, daß die Regierung der Sozialistischen Sowjetunion unserem nationalen Streben, in einem geeinten, friedliebenden Deutschland zu leben, immer die talkräftigste Unterstützung gewährt. Einen erneuten Beweis für diese Politik wahrer Völkerfreundschaft und sozialistischer Grundsätzlichkeit ist die neue Note der Regierung der Sozialistischen Sowjetunion an die drei Westmächte vom 23. August 1952.

Die Sowjetregierung schlägt den Westmächten vor,
„in allernächster Zeit und spätestens für den Oktober dieses Jahres
eine Konferenz von Vertretern der vier Mächte . . . einzuberufen“¹.

Die Konferenz soll über folgende Fragen beraten und entscheiden:

1. Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland,
2. Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung,
3. Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen,
4. Zusammensetzung, Aufgaben und Vollmachten einer Kommission zur Prüfung der Frage, ob in Deutschland die Voraussetzungen für die Durchführung derartiger Wahlen gegeben sind,
5. Erörterung des Termins über den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland.

Die Sowjetregierung schlägt ferner vor, Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zur Teilnahme einzuladen. Diese Note der Sowjetregierung, ihre Vorschläge an die drei Westmächte sind der Weg des Friedens, dem jeder Deutsche, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit, seinem Glauben und seiner Weltanschauung unbedenklich zustimmen kann. Wir brauchen nur gegenüberzustellen:

Die Westmächte diktierten durch den Generalvertrag ihr Entscheidungsrecht über die Fragen der Spaltung Deutschlands.

Die Sowjetregierung schlägt vor, daß die Frage der Einheit Deutschlands vom deutschen Volk selbst entschieden wird.

Die Westmächte behalten sich durch den Generalvertrag das Recht vor, auf 50 Jahre oder mehr ihre Truppen in Westdeutschland zu stationieren und durch das deutsche Volk bezahlen zu lassen.

Die Sowjetregierung schlägt vor, nach Abschluß des Friedensvertrages innerhalb einer festzulegenden kurzen Frist alle Besatzungstruppen aus Deutschland zu entfernen.

Die Westmächte befehlen die Aufstellung deutscher Söldnerformationen, die mit amerikanischen Waffen ausgerüstet, unter amerikanischem Oberbefehl stehend, auf einem von amerika-

¹ „Einheit“, 7. Jahrgang, Heft 9, 1952.

nischen Generalen zu bestimmenden Kriegsschauplatz kämpfen müssen.

Die Sowjetregierung schlägt vor, dem deutschen Volk das Recht zu geben, nationale Streitkräfte aufzustellen, die ausschließlich dem Zweck dienen, das Recht des deutschen Volkes auf seine nationale Sicherheit und Existenz zu schützen.

Der Generalvertrag soll die westdeutsche Bevölkerung vor den amerikanischen Kriegskarren spannen.

Der Friedensvertrag, wie ihn die Sowjetregierung in ihrer Note vorschlägt, wird dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, in seinem eigenen Land, mit seinen eigenen Kräften einen friedliebenden, geeinten, demokratischen Staat aufzubauen.

Die Sowjetregierung erhebt keinerlei Sonderansprüche in bezug auf einen deutschen Friedensvertrag. Sie stellt nur die eine Bedingung: der Friedensvertrag muß jede deutsche Regierung zur Einhaltung jener Artikel im Potsdamer Abkommen verpflichten, die den Aufbau eines demokratischen, entmilitarisierten Deutschlands vorsehen.

Wer Deutschland wirklich liebt, wer nicht will, daß Deutschland zum dritten Male in diesem Jahrhundert Anlaß oder Opfer eines Weltkriegs wird, der kann diesem Vorschlag der Sowjetregierung nur aus vollem Herzen zustimmen. Wir sind für ein demokratisches, entmilitarisiertes Deutschland, das heißt für ein Deutschland ohne die Herrschaft von Krupp, IG-Farbenindustrie, der deutschen Bankfürsten und Großgrundbesitzer. Wir sind dafür, daß das deutsche Volk mit nationalen Streitkräften den Schutz seiner Heimat übernehmen kann. Aber das müssen Streitkräfte sein, die nicht von Hitlergeneralen, nicht von erzreaktionären Junkern und Adligen, sondern von aufrechten, demokratischen, aufs engste mit dem Volk verbundenen Menschen geführt werden.

Die Note der Sowjetregierung zeigt uns den Weg zum Frieden und zur Einheit unseres Vaterlandes. Der Geist der Völkerfreundschaft, der aus der Note spricht, hat seine festen Grundlagen in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der großen Sowjetunion. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat in Vorbereitung des XIX. Parteitagés einen Entwurf für den fünften Fünfjahrplan vorgelegt. Es ist ein Plan des

weiteren Aufschwungs aller Zweige der Volkswirtschaft, der Erhöhung des materiellen Wohlstandes, der Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Hebung des kulturellen Niveaus der gesamten Bevölkerung. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion stellt sich die Aufgabe,

„durch den allmählichen Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus die kommunistische Gesellschaft aufzubauen . . . die Mitglieder der Gesellschaft im Geist des Internationalismus und der Herstellung brüderlicher Beziehungen zu den Werktätigen aller Länder zu erziehen“¹.

Die Sowjetvölker schreiten unter Führung der siegreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion kühn und mutig auf dem Wege zum Kommunismus. Doch die Voraussetzung für die Verwirklichung der herrlichen Ideale der internationalen Arbeiterbewegung ist die Erhaltung des Friedens. Deshalb kämpft die Sowjetregierung mit so großer Leidenschaftlichkeit und harter Energie für die Erhaltung des Friedens, und deshalb ist sie dem deutschen Volk im Kampf um Frieden und Einheit der beste Freund und die stärkste Stütze. Wir wissen, daß nicht nur die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch Millionen Menschen in Westdeutschland mit heißem Herzen den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Weg zum Frieden und zum Glück unseres Volkes erstreben. Wir wissen aber auch, daß die Adenauer-Regierung im Auftrage der deutschen und der internationalen Konzernherren alles versuchen wird, um unsere westdeutschen Landsleute für ihre verderbliche Politik des nationalen Verrats, des Bruderkrieges und der Völkervernichtung zu mißbrauchen.

Wir appellieren deshalb von dieser Stelle an alle deutschen Patrioten, an alle Menschen, die den Frieden wollen, mit Leidenschaftlichkeit und Kraft die Ratifizierung des Bonner Kriegsvertrages zu verhindern, den Vorschlag der Sowjetregierung zu unterstützen, sofort mit den Friedensverhandlungen zu beginnen. Wir appellieren an unsere westdeutschen Gewerkschaftskollegen, an die sozialdemokratischen Arbeiter, an die westdeutsche In-

¹ „Beschlüsse des XIX. Parteitages der KPdSU(B)“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 40.

telligenz und Bauernschaft, wir rufen unserer westdeutschen Jugend zu:

Seid einig im Kampf gegen den Generalkriegspakt, der euch in Elend und Krieg stürzen soll.

Seid einig in der Forderung nach einer Konferenz der vier Mächte zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Sozialdemokratische Abgeordnete, Betriebsräte, evangelische Pfarrer und katholische Geistliche, große Betriebsbelegschaften, die Jugend in allen Teilen unserer westdeutschen Heimat haben die Vorschläge der Sowjetregierung begrüßt, weil sie den richtigen Weg des Friedens aufzeigen. Die Aufgabe der friedliebenden Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik muß heute darin bestehen, unsere westdeutschen Landsleute in ihrer Entschlußkraft zu stärken, nicht nachzulassen in ihrem Kampf gegen den Generalkriegspakt, in ihrem Kampf um Frieden und Einheit.

Vor den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere aber vor der Arbeiterklasse und der Jugend steht die hohe Verpflichtung, dem ganzen deutschen Volk das Beispiel des friedlichen, sozialistischen Aufbaus zu geben. Der historische Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, mit dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu beginnen, hat ein gewaltiges Echo in ganz Deutschland ausgelöst. Hier in Magdeburg hat mancher Kongreß und manche Konferenz der alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stattgefunden. Hier wurde von den Zukunfts-idealen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, gesprochen. Hier wurden die Arbeiterschaft und die Jugend über die großen Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels unterrichtet. Heute gehen wir unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, gestützt auf die Arbeiterklasse, im festen Bündnis mit der technischen Intelligenz und der werktätigen Bauernschaft, an die Errichtung der festen, durch nichts zu erschütternden Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die Magdeburger Arbeiterschaft und mit ihr die schaffende Intelligenz haben in den letzten Jahren großartige Beispiele des Arbeitsenthusiasmus gezeigt. Aus Magdeburg sind viele hervorragende Arbeitsaktivisten, Verdiente Erfinder und Neue-

rer der Produktion hervorgegangen. Die Magdeburger können stolz darauf sein, daß in ihren Reihen zwei Stalinpreisträger, 17 Nationalpreisträger, 3 Helden der Arbeit, 40 Verdiente Erfinder, Eisenbahner, Ärzte, Lehrer und Aktivisten und fast 2200 Aktivisten des Zweijahrplans und des Fünfjahrplans hervorragende Leistungen vollbracht haben und noch weiterhin vollbringen. Die außerordentliche Qualität der Produktion des Magdeburger Schwermaschinenbaus ist weit über die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, in allen volksdemokratischen Ländern und in der sozialistischen Sowjetunion bekannt. Solche Betriebe wie das Ernst-Thälmann-Werk, das Karl-Liebknecht-Werk, das Karl-Marx-Werk, das Georgi-Dimitroff-Werk sind der Stolz der Republik. Allen Berlinern — und ich kann wohl sagen — allen aufbauwilligen Kräften unserer Republik ist die Bau-Union Magdeburg mit ihren hervorragenden Maureraktivisten, ihren Brigadiern und Bauleitern zum Symbol des sozialistischen Wettbewerbs und des sozialistischen Arbeitsethos geworden. Mit solchen Kräften, die aus der Arbeiterklasse und der Intelligenz der Stadt Magdeburg hervorgegangen sind, wird es möglich sein, und davon bin ich zutiefst überzeugt, Magdeburg aufs neue erstehen zu lassen und, wie wir in Berlin sagen, schöner denn je!

Durch die Beschlüsse unserer Regierung ist Magdeburg Hauptstadt des Bezirks geworden. In Anwesenheit eures Oberbürgermeisters Philipp Daub wurde in der letzten Sitzung des Ministerates die städtebauliche Planung eurer Stadt beschlossen. Der Plan sieht eine Stadt in der Größe von 350 000 Einwohnern vor, und es wird eine Stadt neuen, schönen, sozialistischen Typs werden. Es wird eine Stadt sein, der die werktätigen Menschen das Gepräge geben. Es wird eine Stadt sein, in der jedem Schaffenden alle kulturellen Einrichtungen zugänglich sind, in der unsere Jugend froh und glücklich heranwachsen kann.

Doch wollen wir niemals übersehen, liebe Magdeburger Freunde, daß eure Stadt, euer Magdeburg, an der Elbe liegt, das heißt, daß die Kriegstreiber diesseits und jenseits des Ozeans versuchen wollen, die Elbe zu einem Grenzfluß zu machen, an dem eines Tages die Kanonen sprechen sollen. Es wäre verhängnisvoll, diese verbrecherischen Absichten der Kriegstreiber zu

unterschätzen. Niemand wird so leichtsinnig sein, ein neues, schönes Gebäude ohne eine Einrichtung des Feuerschutzes aufzubauen. Und wir sind nicht so leichtsinnig, den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik aufzubauen, ohne für seinen Schutz zu sorgen. Jeder Frau, jeder Mutter muß klar sein, daß das Glück ihrer Familie, das Glück ihrer Kinder davon abhängt, ob wir stark genug sind, die mit eigenen Händen erbauten Wohnhäuser, Kindergärten, Erholungsstätten, Fabriken vor jedem Banditenüberfall zu schützen.

Ich habe mit großer Genugtuung erfahren, daß auch im Bezirk Magdeburg werktätige Bauern dazu übergegangen sind, auf der Basis unbedingter Freiwilligkeit Produktionsgenossenschaften zu bilden. Ich beglückwünsche alle Bauern und Bäuerinnen zu diesem Entschluß, weil ich überzeugt bin, daß dieser Weg richtig ist, daß dieser Weg zu einem Lebensstandard unserer werktätigen Bauern führt, wie sie sich ihn niemals erträumt oder erdacht haben. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Partei der Arbeiterklasse, die SED, werden den werktätigen Bauern auf ihrem neuen Wege immer tatkräftigste Unterstützung angedeihen lassen, ihnen immer bester Freund und Berater sein. Der neue Weg der werktätigen Bauern wird das Bündnis zwischen Stadt und Land noch mehr festigen, wird das Freundschaftsband zwischen Arbeitern und Bauern unzerreißbar machen.

Diese großartige Kundgebung ist ein neuer Beweis dafür, daß Magdeburg in unserer Deutschen Demokratischen Republik einen Ehrenplatz beim Aufbau des Sozialismus, im Kampf um den Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes einnimmt. Es kommt nun darauf an, daß jeder von euch, ob Mann oder Frau, ob Wissenschaftler oder Student, ob jung oder alt, seinen Anteil im Kampf um Frieden und Einheit leistet. Vor uns allen steht die Aufgabe:

1. Besser zu arbeiten als je zuvor. Wir brauchen gute, preiswerte Waren. Wir müssen gut und billig bauen. Die Erzeugnisse unserer Industrie müssen von sozialistischer Wertarbeit, von dem hohen Können unserer Arbeiter, Techniker und Ingenieure in der ganzen Welt Zeugnis geben. Unsere Jugend ist aufgerufen, sich die besten Kenntnisse anzueignen, um den sozialistischen Aufbau zu vollenden, den wir jetzt begonnen haben.

2. Alle Friedenskämpfer müssen in ganz Deutschland eine breite Aufklärungsarbeit entfalten über das Verbrechen des Generalkriegsvertrages, über die unbedingte Notwendigkeit, seine Ratifizierung zu verhindern, und über den einzig richtigen Weg zum Frieden und zur Einheit, wie ihn uns die Sowjetregierung in ihrer Note vorgeschlagen hat.

3. Wie von dieser Kundgebung muß von jedem Ort unserer Republik, aus jedem Betrieb, von jeder Organisation eine Welle der Kraft und der festen Zuversicht nach Westdeutschland ausstrahlen. Wenn unser Volk in ganz Deutschland dem Rate Stalins folgt, den Frieden bis zum äußersten verteidigt, wird uns der Sieg in unserem großen nationalen Kampf um einen Friedensvertrag und die Einheit unserer Nation gewiß sein.

In dieser festen Überzeugung rufe ich allen Arbeitern und Arbeiterinnen, allen Meistern, Technikern und Ingenieuren, allen Wissenschaftlern und werktätigen Bauern und unserer stolzen Jugend zu:

Vorwärts im sozialistischen Aufbau!

Vorwärts im Kampf um den Frieden und die Einheit unserer Nation!

Es lebe unsere Deutsche Demokratische Republik!

Es lebe das geeinte, friedliebende, unabhängige, demokratische Deutschland!

Es lebe die Freundschaft mit der friedliebenden Welt!

Es lebe unser aller Freund und Lehrer, der Bannerträger des Weltfriedenslagers, unser Genosse Stalin!

„SED-Pressediensl“ vom 4. September 1952.

Antwort an eine Friedenskämpferin

Liebe Frau Mauer!

Für den Brief, den Sie mir anlässlich meiner Rundfunkansprache geschrieben haben und der mich tief ergötzt hat, möchte ich Ihnen meinen aufrichtigen und herzlichen Dank sagen.

Mit Ihrem festen Glauben, „daß es kommen wird, wie die Sowjetregierung es jetzt vorgeschlagen hat, daß Deutschland wieder eins wird und daß in ganz Europa Frieden ist“, haben Sie Millionen Frauen und Müttern in Ost und West unserer deutschen Heimat aus dem Herzen gesprochen. Aus den bitteren Erfahrungen und dem Leid des Hitlerkrieges haben Sie durchaus richtig den Schluß gezogen, daß man alle Kräfte einsetzen und jeder mithelfen muß, um die Gefahr eines neuen, noch schlimmeren Krieges von unserem Volke abzuwenden. Darum wollen wir den Generalkriegsvertrag und seine Zusatzverträge sowie den Vertrag über die Europa-Armee verhindern, denn sie sollen Deutschlands Jugend zum Kanonenfutter für fremde Interessen und unsere deutsche Heimat zum Kriegsschauplatz machen. Darum wollen wir die Einheit Deutschlands wiederherstellen und unserem Volke einen gerechten Friedensvertrag erringen. Darum wollen wir, daß sich die Deutschen in Ost und West darüber verständigen, wie sie am besten dazu beitragen können, daß eine Viermächtekonferenz unter Mitwirkung von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik zustande kommt, ein Friedensvertrag geschlossen wird und alle Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen.

Weil es um die nationale Existenz unseres Volkes, weil es um die friedliche Zukunft unserer Jugend geht, halten wir es für erforderlich und möglich, daß sich die Deutschen aus Ost und West über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden. Darum hat die Volkskammer

der Deutschen Demokratischen Republik erneut ihre Verständigungsbereitschaft erklärt und eine Delegation zur Aufnahme von Verhandlungen mit Vertretern des westdeutschen Bundestages gewählt. Keine deutsche Mutter wird es den Abgeordneten des Bundestages verzeihen, wenn sie diesen Schritt unserer Volkskammer zur gesamtdeutschen Verständigung ablehnen und statt dessen mit Ridgway, dem amerikanischen General des unmenschlichen Koreakrieges, den Weg zur Vorbereitung und Entfesselung eines neuen Krieges in Europa gehen.

Möge Ihr Brief, liebe Frau Mauer, dazu beitragen, daß die Frauen und Mütter in ganz Deutschland ihre Stimme für die gesamtdeutsche Verständigung erheben und die Verwirklichung der Vorschläge fordern, die in der Note der Sowjetregierung vom 23. August 1952 enthalten sind.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie alles Gute.

Mit freundschaftlichen Grüßen

gez.: *Wilhelm Pieck*

„Neues Deutschland“ vom 10. September 1952.

Im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus

Zum 3. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik

Der 3. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik fällt in eine Zeit, in der das deutsche Volk einerseits durch riesige Gefahren bedroht und andererseits von großen Hoffnungen erfüllt ist. Die Gefahren ergeben sich daraus, daß die amerikanisch-englischen Imperialisten die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten und die separate westdeutsche Bundesrepublik zur Hauptbasis ihrer aggressiven Kriegspolitik in Europa machen wollen. Die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft in einem einheitlichen und unabhängigen deutschen Staat hingegen schöpft das deutsche Volk aus der unbeirrbareren Friedenspolitik der Sowjetunion sowie aus der Tatsache, daß sich die Deutsche Demokratische Republik immer mehr als ein festes Bollwerk des gesamt-nationalen Kampfes um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Erringung eines gerechten Friedensvertrages erweist. Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stehen in diesem Kampf Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik in vorbildlicher Einmütigkeit zusammen. Sie lassen sich dabei von der richtungweisenden Mahnung leiten, die der Bannerträger des Weltfriedens, Genosse Stalin, in seiner Grußbotschaft an den Präsidenten und Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik vor drei Jahren aussprach:

„Wenn Sie den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.“¹

Die Bedeutung dieser Stalinschen Worte tritt heute, da der Kampf gegen die Ratifizierung des Generalvertrages und des

¹ „Neues Deutschland“ vom 14. Oktober 1949.

Vertrages über die Europa-Armee auf der Tagesordnung steht, mit besonderer Anschaulichkeit hervor. Nicht zufällig haben es die USA so eilig gehabt, diese Kriegsverträge als erste zu ratifizieren. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, Senator Connally, erklärte dabei vor dem amerikanischen Senat, daß die Vereinigten Staaten an der Aufrüstung Westdeutschlands größtes Interesse hätten, „weil sie es sich nicht leisten könnten, sein Menschenpotential und seine industrielle Kapazität zu verlieren“. Und Senator Alexander Wiley sagte bei dieser Gelegenheit, „daß Deutschland der Schlüssel zu Westeuropa“ sei. Damit haben die amerikanischen Senatoren eingestanden, daß Westdeutschland mit dem Generalvertrag und dem Söldnervertrag über die Europa-Armee den Interessen der aggressiven imperialistischen Politik der USA unterworfen werden soll.

Diese Kriegsverträge sollen eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen. Sie unterwerfen Westdeutschland auf ein halbes Jahrhundert der Besetzung durch imperialistische Truppen. Die westdeutsche Wirtschaft, vor allem die Schwerindustrie, stellen sie voll und ganz in den Dienst der westeuropäischen Aufrüstung. Die deutsche Jugend soll unter Hitlergeneralen in den Söldnertruppen der sogenannten Europa-Armee dienen und auf Befehl des amerikanischen Oberkommandierenden des Atlantikpaktes in allen Ländern der Welt für fremde imperialistische Interessen ihre Haut zu Markte tragen. Obendrein soll die westdeutsche Bevölkerung die ganze Last der Finanzierung der Besatzungstruppen, der Aufrüstung, des Aufbaus und Unterhalts der deutschen Söldnertruppen zuzüglich der Auslandsverschuldung Hitlerdeutschlands und der Bundesrepublik tragen.

Um diese schamlose Politik der Versklavung der westdeutschen Bevölkerung durchzusetzen, sollen die Besatzungstruppen und ihre Befehlshaber die wirklichen Herren Westdeutschlands bleiben. Die Kriegsverträge bringen eine weitere Faschisierung der politischen Zustände Westdeutschlands, eine Verschärfung des Terrors gegen alle demokratischen Kräfte, die für den Frieden und die friedliche Vereinigung Deutschlands eintreten. Darum wird versucht, die Kommunistische Partei außer Gesetz

zu stellen, werden Terrorartikeln gegen die Friedenskämpfer gefällig, wird eine maßlose Hetze gegen alle betrieben, die für eine gesamtdeutsche Verständigung und gegen die Ratifizierung der Kriegsverträge auftreten.

Diese Politik des nationalen Verrats an den Lebensinteressen des deutschen Volkes findet ihre Hauptstütze im reaktionären Monopolkapital und Junkertum, deren Machtpositionen in Westdeutschland mit Hilfe der englischen und amerikanischen Imperialisten wiederhergestellt wurden. Die Adenauer Regierung ist nichts anderes als der Willensvollstrecker dieser Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die Verklammerung und Ausplünderung Westdeutschlands durch den amerikanischen Imperialismus ist, wie die II. Parteikonferenz der SED feststellte, nur möglich, weil die Bonner Vasallenregierung und ihre Hintermänner, das westdeutsche Monopolkapital, sich mit den äußeren Feinden der deutschen Nation verbunden haben.

Sozialistische Friedenspolitik gegen imperialistische Kriegspolitik

Im Verlauf des Jahres 1952 ist der grundlegende Unterschied zwischen der aggressiven imperialistischen Politik der Westmächte und der Friedenspolitik der Sowjetunion in der Deutschlandfrage besonders eindrucksvoll in Erscheinung getreten. Während Truman, Acheson und McCloy mit höchster Beschleunigung die Ausarbeitung des Generalkriegsvertrages und der Militärverträge betrieben, zeigte die Regierung der Sowjetunion in ihrer Note vom 10. März 1952 einen konkreten und gangbaren Weg zur friedlichen Lösung des deutschen Problems. Sie unterbreitete den Regierungen der drei Westmächte den Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Nach den politischen Leitsätzen des Vorschlages der Sowjetregierung wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, müssen alle Streitkräfte der Besatzungsmächte spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen und alle ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden liquidiert werden. Die in ihnen vorgesehene Ver-

pflichtung Deutschlands, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat, würde das deutsche Volk davor bewahren, in imperialistische Kriegspakte und Kriegsabenteuer hineingezogen zu werden. Gleichzeitig sehen die politischen Leitsätze die Gewährleistung der demokratischen Rechte und Freiheiten sowohl für den einzelnen Bürger wie für die demokratischen Parteien und Organisationen vor, schließen es aber aus, daß Organisationen, die der Demokratie und der Sache des Friedens feindlich sind, bestehen können.

Die wirtschaftlichen Leitsätze sehen die freie Entfaltung der deutschen Friedenswirtschaft vor, die Aufhebung aller Beschränkungen des Außenhandels sowie den freien Zutritt Deutschlands zu den Weltmärkten.

Die militärischen Leitsätze schaffen die notwendige Sicherung für die Grenzen des deutschen Staates und für seine nationale Unabhängigkeit. Der Vorschlag der Sowjetregierung empfiehlt schließlich die Aufnahme eines solchen friedliebenden deutschen Staates in die Organisation der Vereinten Nationen.

Wiederherstellung der nationalen Einheit, nationale Unabhängigkeit, innere politische Freiheit, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung nach außen, Schutz der Grenzen und der Souveränität eines einheitlichen deutschen Staates — das ist das große Programm des Friedens mit Deutschland, das die Sowjetregierung in ihrer Note vom 10. März 1952 vorgeschlagen hat. Sie hat damit in großherzigster Weise dem Wunsch der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Rechnung getragen, die in einem Schreiben an die vier Großmächte am 13. Februar 1952 darauf hingewiesen hatte, daß das deutsche Volk sieben Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands das Recht auf einen Friedensvertrag beanspruchen kann.

Die drei Westmächte sind der Erörterung dieses Friedensprogramms der Sowjetregierung bisher ausgewichen. Durch die Einwendungen und Bedingungen in ihren Noten an die Sowjetregierung versuchten sie, die Behandlung der Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland und der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf unabsehbare Zeit zu verschleppen. Sie

wollen Zeit gewinnen, um durch die Ratifizierung des Generalkriegsvertrages und des europäischen Militärpaktes die friedliche Lösung des deutschen Problems auf Jahrzehnte hinaus unmöglich machen zu können.

Die Note der Sowjetregierung vom 23. August 1952 hat diesen heimtückischen Plan der imperialistischen Westmächte vor aller Welt enthüllt. Sie hat jedoch auch den konkreten Vorschlag gemacht, in kürzester Frist, spätestens aber für Oktober, eine Konferenz von Vertretern der vier Mächte anzuberaumen, die über die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland, über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und über die Abhaltung freier, gesamtdeutscher Wahlen beraten soll sowie über eine Kommission, die zu prüfen hat, ob in Deutschland die Bedingungen für die Abhaltung solcher Wahlen gegeben sind, über die Zusammensetzung, die Funktionen und Vollmachten einer solchen Kommission. Auf der Viermächtekonferenz soll die Frage des Termins erörtert werden, zu dem die Okkupationsstruppen aus Deutschland abzuziehen sind. Darüber hinaus machte die Sowjetregierung den Vorschlag, Vertreter der DDR und der Bundesrepublik zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen.

Mit ihrem Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Noten vom 24. Mai und 23. August 1952 hat die Sowjetregierung dem deutschen Volke eine unschätzbare Hilfe in seinem gerechten Kampf um die Wiederherstellung der Einheit seines Vaterlandes und einen gerechten Friedensvertrag erwiesen.

Die ansteigende patriotische Bewegung in Westdeutschland

Die Vorschläge der Sowjetregierung haben auf die westdeutsche Bevölkerung einen tiefen Eindruck gemacht. Immer breitere Kreise der westdeutschen Bevölkerung wurden sich der riesenhaften Gefahr bewußt, die sich aus dem Generalkriegsvertrag und dem Militärpakt für Westdeutschland ergeben muß. Demgegenüber eröffnen die Vorschläge der Sowjetregierung dem deutschen Volke eine friedliche Zukunft in einem einheit-

lichen, demokratischen und unabhängigen Staat. Durch sie wird ein durchaus gangbarer, im Interesse der deutschen Nation liegender Weg zur Sicherung des Friedens in Europa gebahnt.

Diese sowjetische Friedenspolitik und die konsequente und beharrliche Politik der Regierung unserer Republik, die für eine gesamtdeutsche Verständigung, freie Wahlen und Friedensvertrag eintritt, haben zur Folge gehabt, daß sich im Laufe des letzten Jahres etwas Neues in der politischen Entwicklung Westdeutschlands zeigte. Früher war es den Adenauer, Blücher und Ollenhauer stets gelungen, in ihren Parteien jeden offenen Widerstand gegen die bedingungslose Unterwerfung unter die Pläne des amerikanisch-englischen Imperialismus zu unterdrücken. Im Laufe des Jahres 1952 kam es jedoch immer häufiger dazu, daß maßgebliche Funktionäre und Abgeordnete dieser Parteien sich gegen diese Politik des nationalen Verrats wandten, die Unterzeichnung und Ratifizierung des Generalkriegsvertrages und des Militärpaktes ablehnten und eine Viermächteberatung oder eine gesamtdeutsche Verständigung befürworteten. Es wurde offenkundig, daß die Adenauer-Politik im krassen Widerspruch zum Willen und zu den Forderungen der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung steht. Dieser Wille ist so stark geworden, daß er weder von der Adenauer-Regierung noch vom Bundestag einfach ignoriert werden kann. Das trat ganz deutlich in der Frage zutage, ob die von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik gewählte Delegation vom Präsidium des Bundestages empfangen werden soll oder nicht.

In konsequenter Fortführung ihrer bisherigen Politik, die in wiederholten Vorschlägen für eine gesamtdeutsche Verständigung ihren dokumentarischen Niederschlag gefunden hatte, beschloß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nach einer Regierungserklärung am 5. September, eine Delegation von Abgeordneten nach Bonn zu entsenden und dem Bundestag Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verständigung zu unterbreiten. Gemeinsam sollten West- und Ostdeutschland die Forderung nach einer Viermächtekonferenz und nach der Entsendung von Vertretern aus beiden Teilen Deutschlands zu einer solchen Konferenz erheben. Die Delegation war bevoll-

mächtigt, über die Bildung einer Kommission aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zu verhandeln, die die Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland zu prüfen hat. Schließlich wurde der Vorschlag gemacht, der Delegation der Volkskammer Gelegenheit zu geben, vor dem Bundestag ihre Auffassungen darzulegen, wie auch umgekehrt einer Delegation des Bundestages die Möglichkeit gegeben werden sollte, frei und ungehindert ihre Auffassungen vor der Volkskammer darzulegen.

Die nationalen Verräter und die hinter ihnen stehenden amerikanischen Kriegstreiber versuchten, dem Beschluß der Volkskammer mit einer ungeheuerlichen Hetze und verschiedenartigen Provokationen zu begegnen. Dennoch sah sich das Präsidium des Bundestages gezwungen, sich zum Empfang der Delegation der Volkskammer bereit zu erklären. Adenauer erhob Einspruch, aber die Mehrheit der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union, der sowohl Adenauer als auch der Bundestagspräsident Dr. Ehlers angehören, billigte die Haltung des letzteren.

Das Verlangen der westdeutschen Bevölkerung nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und einer friedlichen Lösung des deutschen Problems machte sich so stark geltend, daß sogar Konrad Adenauer, der eingefleischte Feind jeder gesamtdeutschen Verständigung und Willensvollstrecker des deutschen und amerikanischen Monopolkapitals, zurückweichen und Manöver machen mußte.

Das allein war schon — wie immer das Endergebnis der Reise der Volkskammerdelegation auch sein möge — ein beachtlicher Erfolg der Friedenspolitik unserer Regierung und der patriotischen Bewegung in Westdeutschland.

Angesichts dieser Entwicklung steigt die Rolle und Verantwortung der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Darum erklärte die II. Parteikonferenz die Schaffung der Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und den Zusammenschluß aller deutschen Patrioten in der Friedensbewegung und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur vordringlichsten Aufgabe.

Zugleich machte sie allen patriotischen Kräften in der Deutschen Demokratischen Republik zur Pflicht, die brüderliche Solidarität mit der Kommunistischen Partei Deutschlands zu verstärken.

Die großen Demonstrationen und Proteststreiks in Westdeutschland haben gezeigt, über welch gewaltige Stoßkraft die westdeutsche Arbeiterschaft verfügt, daß sie durchaus imstande ist, an der Spitze des ganzen Volkes den Kampf gegen den nationalen Verrat der Adenauer-Clique zu führen. Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer aber übten Verrat, würgten die Kämpfe ab oder lenkten sie in gefahrlose Bahnen. Obwohl der sozialdemokratische Vizepräsident des Bundestages dem Empfang der Volkskammerdelegation zugestimmt hatte, faßte der sozialdemokratische Parteivorstand den ungeheuerlichen Beschluß, jedwede Begegnung und Verhandlung mit der Volkskammerdelegation abzulehnen. Gleichzeitig aber bat Ollenhauer Adenauer um einen Empfang, gleichzeitig gingen die SPD-Führer zu einer internen Unterredung mit dem amerikanischen Hochkommissar. Darum ist der entschiedene Kampf gegen die rechten Führer der SPD und des DGB, die den Feinden der deutschen Nation Hilfsdienste leisten, indem sie gegen die Aktionseinheit auftreten, die Forderungen der deutschen Imperialisten unterstützen und die Massen durch demagogische Manöver vom Kampf abzulenken versuchen, ein ebenso dringendes Erfordernis der gegenwärtigen Situation, wie der Kampf gegen alle jene Elemente, die den Generalkriegsvertrag und die Vorbereitung eines neuen Krieges zu rechtfertigen suchen.

Die gesamtdeutsche Politik der Deutschen Demokratischen Republik, die unbeirrbar auf eine Verständigung zwischen Ost und West, auf den Kampf um einen Friedensvertrag mit Deutschland entsprechend den Vorschlägen der Sowjetregierung gerichtet ist, der Ausbau und die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, der erfolgreich in Angriff genommene Aufbau der Grundlagen des Sozialismus — all das wird dazu beitragen, daß auch in Westdeutschland die Arbeiterklasse erfolgreich ihre Rolle als führende Kraft im nationalen Befreiungskampf erfüllen wird.

*Die neue Entwicklungsetappe
der Deutschen Demokratischen Republik*

Die Deutsche Demokratische Republik blickt auf drei Jahre einer überaus raschen und erfolgreichen Entwicklung auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zurück. Dank der Tatsache, daß unser Teil Deutschlands durch die ruhmreiche Sowjetarmee befreit wurde, daß hier die Grundsätze des Potsdamer Abkommens konsequent durchgeführt, die imperialistischen und militaristischen Kräfte entmachteten wurden, haben sich grundlegende politische und wirtschaftliche Veränderungen vollzogen. Die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse hat die Sozialistische Einheitspartei befähigt, alle demokratischen Kräfte zusammenzuschließen und selbst zur führenden Kraft im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen zu werden. Die Arbeiterklasse hat die führende Rolle im Staat eingenommen. Mit vollem Erfolg wurde die Politik der Partei durchgeführt, die auf die Stärkung des volkseigenen Sektors mit ökonomischen Mitteln gerichtet ist. Im Jahre 1951 betrug der Anteil der volkseigenen und genossenschaftlichen Betriebe an der Bruttoproduktion der Industrie 79,2 Prozent. Der staatliche Großhandel wurde aufgebaut und der staatliche Kleinhandel erfolgreich entwickelt.

In der Landwirtschaft haben der Aufbau der Maschinenausleihstationen und die Entwicklung der volkseigenen Güter, die Anwendung fortgeschrittener Erfahrungen der Agrarwissenschaft die Initiative der werktätigen Bauern geweckt und gefördert. So war es möglich, die in den Volkswirtschaftsplänen gestellten Aufgaben für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erträge zu überbieten.

Die II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952 hat das Gesamtergebnis der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik analysiert und in ihrem Beschluß festgestellt:

„Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind

*soweit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist.*¹

Dieser Beschluß der II. Parteikonferenz der SED ist von der werktätigen Bevölkerung mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Nicht nur die Gewerkschaften und Massenorganisationen, auch die antifaschistisch-demokratischen Parteien haben dieser Aufgabenstellung zugestimmt. Tausende und aber Tausende von Werktätigen verpflichteten sich zu besonderen Produktionsleistungen, um den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen.

Die rasche Entwicklung der Grundstoffindustrie, der Ausbau der metallurgischen Basis unserer Volkswirtschaft ist die wichtigste Voraussetzung für die weitere schnelle Entwicklung aller übrigen Industrie- und Wirtschaftszweige. Dabei wirkt sich die technische Rückständigkeit des Bergbaus hemmend aus. Mit Hilfe der Sowjetunion, die gerade jetzt die ersten Kohle-Kombines lieferte und weitere moderne Bergbaumaschinen liefern wird, kann jedoch auch in diesem Industriezweig der Deutschen Demokratischen Republik eine schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Förderung gesichert werden. Die Erweiterung und Modernisierung der Eisenhütten sowie der Stahl- und Walzwerke ist eine überaus dringende Aufgabe, hängt doch von ihrer Lösung ab, ob die Rohstoffbasis der für die nächsten Jahre geplanten Erhöhung der Produktion des Schwermaschinen- und Maschinenbaus gesichert sein wird.

Zu den Engpässen, deren Überwindung die II. Parteikonferenz gefordert hat, gehört angesichts der rapiden Erweiterung unserer Industrieproduktion auch die Energieerzeugung. Durch volle Ausnutzung aller Reserven und die rasche Durchführung der Investitionsaufgaben muß die Versorgung der Industrie und Landwirtschaft mit den erforderlichen Energiemengen gesichert werden.

Die Lösung der großen wirtschaftlichen Aufgaben, die sich aus der Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus ergeben, erfordert eine bedeutende Steigerung der Arbeits-

¹ „Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 492.

produktivität. Der entscheidende Hebel zur Lösung dieser Aufgaben ist die breite Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs. Das Erfreuliche an der Entwicklung nach der II. Parteikonferenz liegt gerade in dem großen Aufschwung der Wettbewerbsbewegung, die getragen ist von der Erkenntnis, daß der Aufbau des Sozialismus erhöhte Anstrengungen aller Werktätigen erfordert. Zahlreiche Wettbewerbsverpflichtungen zeichnen sich dadurch aus, daß sie die Anwendung von neuen Arbeitsmethoden, Verbesserungen und Erfindungen fördern und die Brigadenarbeit entwickeln. Viele hervorragende Aktivisten verpflichten sich zu kameradschaftlicher Hilfe für ihre Kollegen, wodurch die durchschnittliche Produktionsleistung gehoben wird. Vor allem die Wettbewerbe in unseren Walzwerken und im Bergbau tragen bereits Merkmale sozialistischen Wettbewerbs. Ein bezeichnendes Beispiel für den Arbeitsenthusiasmus unserer Werktätigen für die Anwendung sowjetischer Arbeitserfahrungen und der Prinzipien des sozialistischen Wettbewerbs ist der hervorragende Produktionserfolg der Brigade des Helden der Arbeit Hans Bleisch im sächsischen Erzbergbau. Diese Brigade erfüllte ihre Planaufgabe für den gesamten Fünfjahrplan bereits am 16. September 1952 mit 100,02 Prozent. Sie erreichte diese hervorragende Leistung dank der Hilfe der sowjetischen Freunde und dank der gegenseitigen Hilfe, die sie schon seit längerer Zeit zwischen den Kumpeln organisierte.

Die Aufgabe besteht jetzt darin, durch die Vermittlung und Popularisierung sowjetischer Arbeitserfahrungen, durch die Auswertung der Erfahrungen der besten Aktivisten und durch die Organisierung der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe die Bewegung des sozialistischen Wettbewerbs noch stärker und umfassender zu entfalten. Mit vollem Recht stellte die II. Parteikonferenz fest, daß das Tempo des sozialistischen Aufbaus entscheidend abhängig ist von der Überwindung der Überreste des kapitalistischen Denkens und der kapitalistischen Methoden in der volkseigenen Wirtschaft.

Der Aufbau des Sozialismus erfordert auch die Entwicklung der genossenschaftlichen Großproduktion in der Landwirtschaft. Aus der Erkenntnis heraus, daß der Maschinenpark der Maschinenausleihstationen und die Ergebnisse der modernen

Agrarwissenschaft auf den kleinen Anbauflächen nur ungenügend ausgenutzt werden können, hatten sich bereits vor der II. Parteikonferenz Landarbeiter, werktätige Bauern und frühere Umsiedler zu Produktionsgenossenschaften zusammengefunden. Die II. Parteikonferenz hat daher beschlossen, daß den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich auf völlig freiwilliger Grundlage zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, die notwendige Hilfe zu gewähren ist.

Dem entspricht ein Beschluß des Ministerrates über die Vergünstigungen für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Mitglieder, der auf Vorschlag des Politbüros des ZK der SED vom 24. Juli 1952 gefaßt wurde. Er sieht vor, daß den Produktionsgenossenschaften von den Maschinenausleihstationen Brigaden mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zur Verfügung zu stellen sind, wobei die Vergütungen nach der niedrigsten Tarifgruppe zu berechnen sind. Den Produktionsgenossenschaften wird das Recht eingeräumt, die von den Maschinenausleihstationen geleisteten Arbeiten erst nach der Ernte 1953 zu bezahlen. Die agronomische und zootechnische Beratung für die Produktionsgenossenschaften hat kostenlos zu erfolgen. Von der Deutschen Bauernbank sind den Produktionsgenossenschaften Vorzugskredite zu gewähren. Bei Getreide, Kartoffeln und Ölfrüchten wird ihre Pflichtablieferung um 10 Prozent gesenkt. Für die Dauer von 2 Jahren werden die Produktionsgenossenschaften von der Steuerzahlung befreit. Für das Jahr 1952 werden den Mitgliedern der Produktionsgenossenschaften die Steuern um 25 Prozent ermäßigt und anderes.

Der Beschluß der II. Parteikonferenz der SED über die Förderung von Produktionsgenossenschaften hat bei den Landarbeitern und werktätigen Bauern einen starken Widerhall gefunden. Bereits Mitte September 1952 hatten sich 5742 bäuerliche Betriebe auf völlig freiwilliger Grundlage zu 534 Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen. In der Hauptsache sind das Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung. Dabei bleibt das individuelle Eigentum an Boden, an Produktionsinstrumenten und Vieh bestehen. Die Gärten, Wiesen, Weiden, Gemüsegärten und Waldparzellen bleiben in der individuellen Nutzung der Bauern. Das Vieh, die Geräte und landwirtschaft-

lichen Maschinen bleiben ebenfalls in der individuellen Nutzung der Bauern, können aber gegen Bezahlung bei der genossenschaftlichen Arbeit verwendet werden.

Bei vielen Bauern, die sich bereits zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen haben, und solchen, die im Begriffe sind, es zu tun, zeigt sich jedoch ein ziemlich starker Drang, es bei der gemeinsamen Bodenbearbeitung nicht bewenden zu lassen, sondern auch zur gemeinsamen Viehhaltung überzugehen. Die gemeinsame Viehhaltung wird besonders von vielen Bäuerinnen befürwortet, die davon eine Erleichterung ihrer schweren Arbeitslast erwarten. Ein Hemmnis für die Erfüllung dieser Wünsche der Bauern liegt darin, daß sich die materiellen Voraussetzungen, das heißt große Stall- und Wirtschaftsgebäude, die für eine sachgemäße und erfolgreiche gemeinsame Viehhaltung unbedingt erforderlich sind, nicht so schnell schaffen lassen. Auch in dieser Frage hebt unsere Partei immer wieder die strikte Beachtung und Einhaltung der absoluten Freiwilligkeit im Zusammenschluß der Bauern hervor.

Die Genossenschaftsbauern haben in ihrer gemeinsamen Arbeit bereits beachtliche Erfolge erzielt. Sie haben den Drusch und die Ablieferung des Getreides an den Staat schneller abgeschlossen, die Schälfurche gezogen und Zwischenfrucht zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit gesät.

Eine der Hauptaufgaben besteht jetzt darin, die bestehenden Produktionsgenossenschaften zu festigen, eine klare und übersichtliche Betriebsordnung zu schaffen, die Arbeit vorbildlich zu organisieren und Normen für die Bewertung der einzelnen Arbeiten festzulegen. Die Maschinenausleihstationen, die Agronomen und Zootechniker leisten den Produktionsgenossenschaften noch nicht in allen Fällen die erforderliche Unterstützung. Auch der Beschluß des Ministerrates über die Vergünstigungen für die Produktionsgenossenschaften wird von manchen Verwaltungsorganen noch mangelhaft durchgeführt, was zur Folge hat, daß die Produktionsgenossenschaften Düngemittel, Saatgut oder Kredite nicht rechtzeitig erhalten. Die rasche Überwindung dieser Mängel und Schwierigkeiten aber ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung der Produktionsgenossenschaften, die durch ihr Beispiel und Vorbild weitere Bauern von der Vor-

teilhaftigkeit der genossenschaftlichen Wirtschaft überzeugen werden.

Das ist um so wichtiger, als die Agenten der amerikanisch-englischen Kriegstreiber und westdeutschen militaristischen Junker sowie auch manche Großbauern ihre Hetze und ihren Kampf gegen die sozialistische Entwicklung in unserer Landwirtschaft verstärken. Durch Lügen von einer Zwangskollektivierung, durch Diskreditierung der Erfolge der gemeinschaftlichen Arbeit, durch Drohungen, Sabotage und Schädlingsakte versuchen sie, die werktätigen Bauern zu verwirren und vom Zusammenschluß zu Produktionsgenossenschaften abzuhalten. Der Kampf gegen diese feindliche Tätigkeit muß sowohl durch eine systematische Überzeugungsarbeit, durch Entlarvung der Verleumder wie auch durch strenge Bestrafung von Agenten und Saboteuren geführt werden.

Der Aufbau des Sozialismus stellt dem Staatsapparat, den Organen der Volksmacht, neue große Aufgaben. Neben der raschen Qualifizierung der leitenden Organe der Verwaltung und Wirtschaft, der schnellen Entwicklung des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens ergeben sich neue Aufgaben auch aus der Verschärfung des Kampfes der imperialistischen Kräfte gegen unsere Republik sowie aus der Verschärfung des Klassenkampfes. Die Volksmacht hat die Aufgabe, das sozialistische Eigentum und die demokratischen Errungenschaften der Werktätigen gegen die Anschläge der Klassenfeinde zu sichern. Die reaktionären Kräfte des deutschen Monopolkapitals und Junkertums organisieren von Westdeutschland aus ihre feindliche Tätigkeit, von dort entsenden auch die amerikanischen Okkupanten Spionage- und Sabotagetrupps, um die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu terrorisieren. Um diese verbrecherischen Anschläge zu zerschlagen, die feindlichen Agenten unschädlich zu machen, den Schutz der Heimat und des sozialistischen Aufbaus zu gewährleisten, war es notwendig, unsere Volkspolizei zu verstärken.

Es hat sich aber gezeigt, daß die neuen Aufgaben unserer Republik mit den alten Methoden und der alten Struktur des Staatsapparates nicht zu lösen sind. Darum wurde eine umfassende Verwaltungsreform durchgeführt, bei der unter grund-

sätzlicher Beibehaltung der fünf Länder der Republik 14 Bezirke gebildet wurden, die sich in 217 Kreise teilen. Die Bedeutung dieser Verwaltungsreform liegt nicht sosehr in einer Verkleinerung der Verwaltungseinheiten, als in der Heranziehung der werktätigen Bevölkerung zur Mitarbeit in den Räten der Bezirke und Kreise sowie in ihren Ausschüssen.

Durch die Heranziehung vieler bewährter Arbeiter, Bauern und Geistesschaffender zu den Organen der Staatsmacht wurde die Verbindung zwischen den Verwaltungen und der Bevölkerung enger, wurden gute Voraussetzungen für die Mitarbeit der Bevölkerung an den staatlichen Aufgaben geschaffen. Bei der Festlegung der Grenzen der neuen Verwaltungseinheiten wurden die wirtschaftliche Struktur und die Schwerpunkte des sozialistischen Aufbaus besonders berücksichtigt. Obwohl diese Verwaltungsreform erst vor wenigen Wochen durchgeführt wurde, zeitigte sie bereits gute Ergebnisse. Auftauchende Schwierigkeiten der Aufbauarbeit konnten beseitigt und die Bevölkerung für die Lösung wichtiger staatlicher Aufgaben mobilisiert werden.

Zur Lösung der großen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus ist der volle Einsatz des Wissens und Könnens der technischen Intelligenz und der Wissenschaftler sowie die Heranbildung einer neuen Intelligenz aus den Reihen der Jugend und Aktivistinnen des Aufbaus erforderlich. Auf Vorschlag des Politbüros des ZK der SED hat die Regierung unserer Republik bereits vor der II. Parteikonferenz eine beträchtliche Erhöhung der Gehälter der Meister und der technischen Intelligenz in den Betrieben und der Professoren und Dozenten an den Hochschulen und Forschungsinstituten durchgeführt. Es erfolgt ein systematischer Ausbau der Hoch- und Fachschulen sowie der Forschungsinstitute. Die Verleihung der Nationalpreise am 3. Jahrestag unserer Republik wird erneut davon Zeugnis ablegen, daß Wissenschaft und Kultur in der Deutschen Demokratischen Republik dank der Förderung durch unsere Partei und die Regierung und dank der Hilfe der Sowjetunion, die uns die großen Ergebnisse der sowjetischen Wissenschaft und die schöpferischen Leistungen der sowjetischen Kultur zugänglich macht, einer hohen Blüte entgegengeführt werden.

Gegenüber der Versklavungspolitik der amerikanischen Imperialisten und ihrer Handlanger in Westdeutschland wird der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik allen deutschen Patrioten, vor allem aber der westdeutschen Arbeiterklasse, ein leuchtendes Beispiel dafür geben, wie die wirtschaftlichen und politischen Probleme unseres Volkes auf friedlichem Wege gelöst werden. Er wird dem Kampf um ein einheitliches, unabhängiges und friedliebendes Deutschland neue Kräfte zuführen.

Am 3. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik können wir mit Stolz auf die Erfolge unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus zurückblicken. Wir gedenken an diesem Tage besonders dankbar der Helden der Sowjetarmee, die unser Land vom Faschismus befreit haben. Wir danken der mächtigen Sowjetunion und insbesondere dem weisen Lehrer und Freund unseres Volkes, Genossen Stalin, für die brüderliche Hilfe beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau unserer Republik und für den uneigennütigen Kampf, den die Sowjetunion für die Lebensrechte der deutschen Nation führt. Das werktätige Volk unserer Republik wird sich des Vertrauens würdig erweisen, das ihm die Völker des großen Friedenslagers entgegenbringen. Es wird alle Kräfte für den Aufbau des Sozialismus und für die friedliche Lösung des deutschen Problems einsetzen und so seinen Anteil zur Stärkung und Festigung des unbesiegbaren Weltfriedenslagers leisten.

*„Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“
vom 7. Oktober 1952.*

Von der Partei Lenins und Stalins lernen heißt siegen lernen!

*Rede auf der Festveranstaltung zum 35. Jahrestag der Großen
Sozialistischen Oktoberrevolution*

Unser erstes Wort auf dieser Festveranstaltung zu Ehren des 35. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sei im Namen unserer Partei, der deutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden Deutschen unser aufrichtigster und herzlichster Glückwunsch an die Sowjetvölker, an die Kommunistische Partei der Sowjetunion und an ihren Führer, unseren Lehrer und Freund, Genossen Stalin.

Der 35. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist nicht nur ein Festtag der Völker der Sowjetunion, sondern der Arbeiter aller Länder und der friedliebenden Menschen der ganzen Welt. Die Arbeiter, die um ihre Befreiung vom Joch der Ausbeutung kämpfen, die friedliebenden Menschen, die gegen die Machenschaften der Kriegsbrandstifter kämpfen, und die befreiten Völker, die die Grundlagen des Sozialismus erbauen — sie alle richten an diesem Tage ihre Hoffnungen und ihre Blicke auf das große Land des siegreichen Sozialismus. Der 35. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zeichnet sich durch drei Momente aus:

Erstens steht der 35. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Zeichen der Ergebnisse des XIX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Er zog die stolze Bilanz der Arbeit und des Kampfes der Völker der Sowjetunion und zeigte die konkreten Wege zur Verwirklichung des allmählichen Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus.

Vor gut einem Vierteljahrhundert verteidigte Genosse Stalin Lenins Lehre von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und arbeitete dabei den großen Plan des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion aus. Unter seiner Führung baute die KPdSU an der Spitze der Arbeiter und Bauern den Sozialismus auf und behauptete ihn siegreich gegen alle inneren

und äußeren Feinde. In seiner neuen klassischen Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ hat Genosse Stalin die gigantischen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion wissenschaftlich verallgemeinert, die Gesetzmäßigkeiten der weiteren Entwicklung erforscht und die Grundlagen für das neue Programm der Partei, das Programm des allmählichen Überganges zum Kommunismus gegeben. Gestützt auf diese feste wissenschaftliche Grundlage hat der XIX. Parteitag der KPdSU die nächsten praktischen Schritte auf diesem Wege zu dem höchsten Ideal der Menschheit festgelegt. Dafür, Genossinnen und Genossen, sind dem genialen Lehrmeister und Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Genossen Stalin, nicht nur die Völker der Sowjetunion, sondern die Arbeiter aller Länder, ja die gesamte Menschheit zu tiefstem Dank verpflichtet.

Zweitens steht der 35. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Zeichen des gesteigerten Kampfes um die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Genosse Stalin hat in seiner hervorragenden Rede auf dem XIX. Parteitag darauf hingewiesen, daß jede Unterstützung der Friedensbestrebungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seitens einer jeden Bruderpartei gleichzeitig die Unterstützung ihres eigenen Volkes in seinem Kampf für die Erhaltung des Friedens bedeutet. Diese Besonderheit der gegenseitigen Unterstützung erklärt sich daraus, daß die Interessen der KPdSU den Interessen der friedliebenden Völker nicht nur nicht widersprechen, sondern im Gegenteil mit ihnen verschmelzen. Genosse Stalin erklärte:

„Was die Sowjetunion betrifft, so sind ihre Interessen von der Sache des Friedens in der ganzen Welt überhaupt nicht zu trennen.“¹

Wie Genosse Malenkow im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XIX. Parteitag sagte, kommt es jetzt darauf an, die Aktivität der Volksmassen noch mehr zu heben, die Organisiertheit der Friedenskämpfer zu verstärken, die Kriegsbrandstifter unermüdlich zu entlarven und nicht zuzulas-

¹ J. W. Stalin, „Rede auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 7.

sen, daß sie die Völker mit Lügen umgarnen. Die Abenteurer aus dem Lager der imperialistischen Aggressoren, die um ihrer Profite willen die Völker in ein Blutbad stürzen wollen, zu zügeln und zu isolieren — das ist, wie uns der XIX. Parteitag lehrt, die Hauptaufgabe der gesamten fortschrittlichen und friedliebenden Menschheit.

Drittens begehen wir in der Deutschen Demokratischen Republik in diesem Jahre den Festtag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zum ersten Male unter besonderen Bedingungen, da wir uns selber die Aufgabe gestellt haben, die Grundlagen des Sozialismus zu erbauen. Es versteht sich von selbst, daß wir die welthistorischen Erfahrungen, die die KPdSU beim Aufbau des Sozialismus gesammelt hat, mit besonderer Gründlichkeit studieren und uns aneignen müssen. Angesichts dessen gilt für uns heute mehr als je die Losung „Von Stalin lernen heißt siegen lernen!“

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war siegreich, weil die Partei Lenins und Stalins es verstanden hatte, das Bündnis der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft zu organisieren. Unter der Führung der Partei vermochten die Arbeiter- und Bauernmassen die Macht der Kapitalisten und Gutsbesitzer zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Die erste siegreiche sozialistische Revolution des Proletariats unterschied sich von allen Revolutionen, die die Geschichte der Menschheit bis dahin gekannt hatte. Ihr Ziel war es nicht, eine Form der Ausbeutung durch eine andere zu ersetzen, sondern jede Ausbeutung zu beseitigen. Die Oktoberrevolution zeichnete sich dadurch aus, daß sie zum ersten Male in der Geschichte die Arbeiterklasse, die Klasse der Ausgebeuteten und Unterdrückten, zur herrschenden Klasse erhob und durch ihr Beispiel die Proletarier aller Länder begeisterte. Die Diktatur des Proletariats verwirklichte zum ersten Male die Demokratie für die überwiegende Mehrheit des Volkes, die sozialistische Demokratie für die Werktätigen im Unterschied zur bürgerlichen Demokratie, die die Herrschaft der Ausbeuter und Kapitalisten ist. Der Sowjetstaat stellte sich die Aufgabe, nicht nur die Grundlagen der alten Ausbeutergesellschaft zu zerstören, sondern auch eine neue, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. So bedeu-

tete die Oktoberrevolution eine grundlegende Wendung in der Geschichte der Menschheit. Sie eröffnete eine neue Ära, die Ära des Sozialismus und des Untergangs des Kapitalismus.

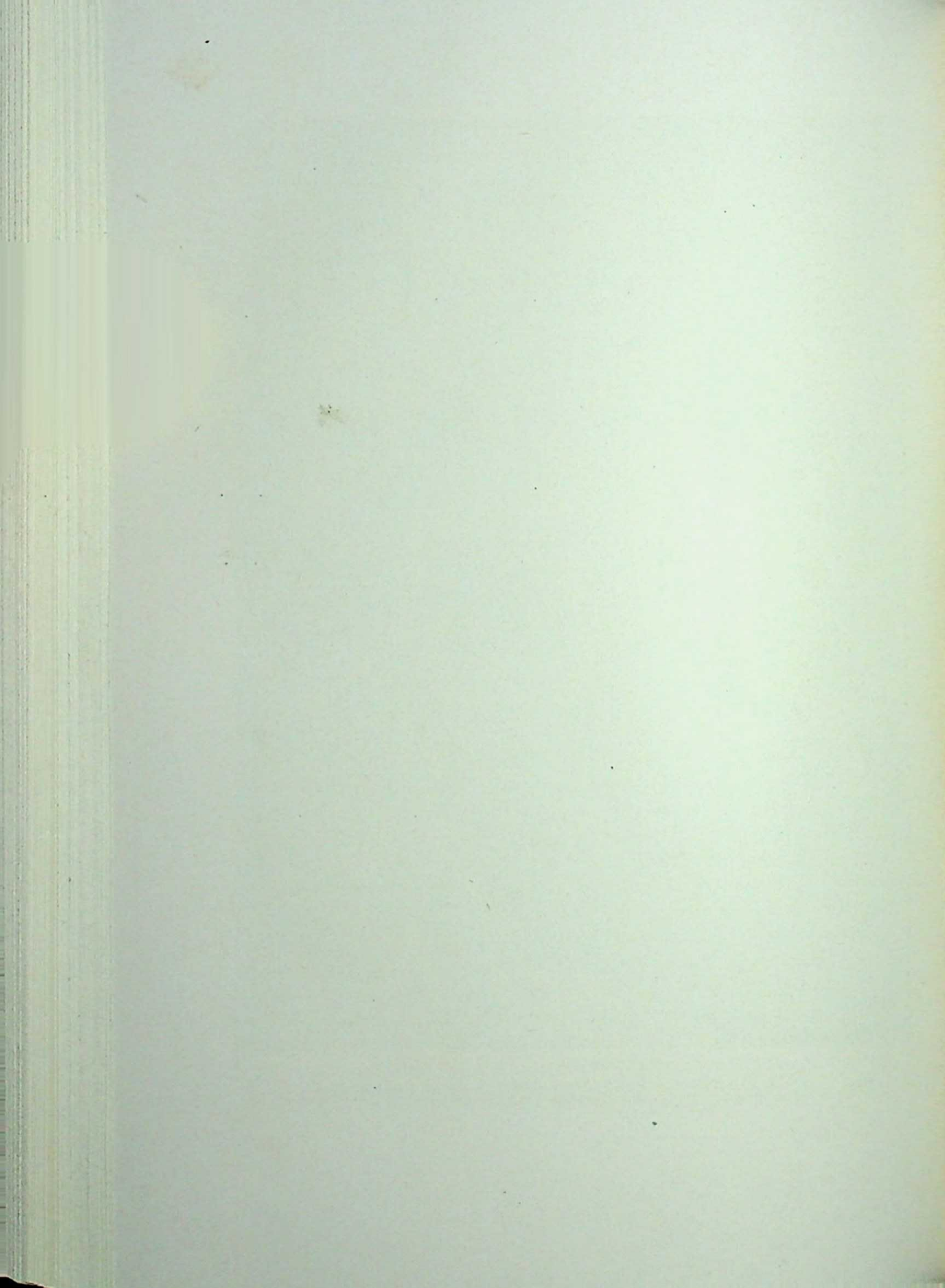
Die Feinde der Arbeiterklasse und des Sozialismus, die in- und ausländischen Imperialisten, haben nichts unversucht gelassen, um die Sowjetmacht wieder zu stürzen. Sie zettelten Verschwörungen und weißgardistische Aufstände in Rußland an, sie rüsteten weißgardistische Armeen aus und drangen mit ausländischen Interventionsheeren in Rußland ein. Schließlich versuchte Churchill, die Sowjetmacht durch eine Koalition von 14 Mächten zu zerschlagen. Doch alle diese Versuche scheiterten. Sie scheiterten an der Entschlossenheit der Arbeiter und Bauern, ihre Sowjetmacht zu verteidigen. Sie scheiterten an der Entschlossenheit der befreiten Völker, die ihre durch die Oktoberrevolution gewonnene Befreiung nicht wieder verlieren wollten. Sie scheiterten aber vor allem an der Weitsicht und Klugheit Lenins und Stalins, der beiden unvergleichlichen Führer der sozialistischen Revolution.

Als die Sowjetmacht alle Feinde abgewehrt hatte, als nach sieben Jahren Krieg und Bürgerkrieg endlich der Friede gewonnen war, da standen die Arbeiter und Bauern Rußlands vor außerordentlich schwierigen Aufgaben. Die Wirtschaft des Landes war ruiniert. Die ohnehin unzureichende Industrie lag zum großen Teil still. Die Landwirtschaft litt unter dem Mangel an Industriewaren und unter den Verheerungen des Krieges. Das Verkehrswesen war zerrüttet. Doch die Partei Lenins und Stalins verstand es, den Heroismus, den die Arbeiter und Bauern bei der Verteidigung der Revolution bewiesen hatten, jetzt auf den Wiederaufbau des Landes zu konzentrieren. Nachdem das Werk der Wiederherstellung der Industrie und des Verkehrs und der Wiederbelebung der Landwirtschaft vollbracht war, aber ergab sich die große Frage, welchen Weg sollte die Sowjetmacht weitergehen.

Damals traten die trotzkistischen Feinde der Partei und des Volkes auf und bestritten die Möglichkeit, den Sozialismus in der Sowjetunion aufzubauen. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion aber schloß sich um das Leninsche Zentralkomitee unter Stalins Führung zusammen, der im Kampf gegen die Trotz-



Präsident Wilhelm Pieck begrüßt in seinem Amtssitz den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. M. Schwernik



kisten und rechten Parteifeinde seine geniale Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande entwickelte und ihn praktisch durchführte.

Die Partei nahm festen Kurs auf die Industrialisierung des Landes, wobei sie von Anfang an der Grund- und Schwerindustrie den Vorrang gab. Nur die Entwicklung der Grundindustrien und des Maschinenbaus konnte die Voraussetzungen für eine breite Entfaltung des Aufbaus auch aller anderen Industriezweige schaffen.

Im Zuge der Durchführung der Industrialisierung des Landes trat jedoch immer klarer zutage, daß die sozialistische Wirtschaft sich auf die Dauer nicht entwickeln konnte, wenn sie nur auf der sozialistischen Großindustrie beruhte, auf dem flachen Lande aber die kleine Warenwirtschaft erhalten blieb. So ergab sich aus der ökonomischen Entwicklung die Notwendigkeit, durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauern auch auf dem Lande zur sozialistischen Großproduktion überzugehen. Den Zusammenschluß der zersplitterten Bauernwirtschaften zu sozialistischen Kollektivwirtschaften hat Genosse Stalin eine Umwälzung genannt, die in ihren Auswirkungen der revolutionären Umwälzung vom Oktober 1917 gleichkam.

Das konkrete Arbeitsprogramm des sozialistischen Aufbaus war in den Stalinschen Fünfjahrplänen niedergelegt. Während der Vorkriegsfünfjahrpläne wurde die sozialistische Industrialisierung des Landes vollbracht und die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt. Damit waren in der Sowjetunion die Ausbeuterklassen und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen völlig beseitigt, das sozialistische Wirtschaftssystem zum allein herrschenden geworden. In der geschichtlich außerordentlich kurzen Frist von 13 Jahren, das heißt von 1928 bis zum Hitlerüberfall 1941, machte die Sowjetunion einen gigantischen Sprung nach vorn, wurde zur mächtigen industriellen und kollektivwirtschaftlichen sozialistischen Großmacht. Bereits auf dem XVIII. Parteitag im Jahre 1939 konnte Genosse Stalin dem Sowjetlande die Aufgabe stellen, die führenden kapitalistischen Länder auch ökonomisch zu überholen, das heißt gemessen an der Industrieproduktion je Kopf der Bevölkerung. Diese Aufgabe entsprach der Orientierung auf die Vollendung

des sozialistischen Aufbaus und den Beginn des allmählichen Übergangs zum Kommunismus.

Diese erfolgreiche industrielle, landwirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Sowjetlandes wurde durch den heimtückischen Überfall Hitlers unterbrochen. Die Sowjetvölker waren gezwungen, alle ihre Anstrengungen, die ganze Leistungsfähigkeit ihrer Industrie und Landwirtschaft auf die Verteidigung ihres sozialistischen Vaterlandes zu konzentrieren. Wir alle wissen, wie unvorstellbar groß die Verheerungen und Verwüstungen waren, die die Faschisten in den von ihnen besetzten Gebieten der Sowjetunion angerichtet haben. Genosse Malenkov hat im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XIX. Parteitag darauf hingewiesen, daß der zweite Weltkrieg und seine Folgen die Entwicklung der Industrie der Sowjetunion um acht bis neun Jahre oder rund zwei Planjahrfünftel aufgehalten haben. Der Große Vaterländische Krieg war für das Sowjetvolk die denkbar schwerste Prüfung, die es jedoch in Ehren bestanden hat.

Sie hat erwiesen, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung stärker und lebensfähiger ist als jede andere Ordnung. Sie hat erwiesen, daß die sowjetische Staatsordnung, daß der sowjetische Nationalitätenstaat stärker und lebensfähiger ist als jeder andere Staat. Schließlich hat sie erwiesen, daß die Streitkräfte der Sowjetunion imstande sind, die stärkste Kriegsmaschine der Welt zu zerschlagen und als Sieger aus jedem Krieg hervorzugehen. Der Ausgang des zweiten Weltkrieges hat von neuem den Beweis erbracht, wie absolut zutreffend Lenins Worte aus den ersten Jahren der Sowjetmacht sind: Ein Volk, dessen Arbeiter und Bauern in ihrer Mehrheit erkannt, gefühlt und gesehen haben, daß sie ihre Sowjetmacht, die Macht der Werktätigen verteidigen, jene Sache, deren Sieg ihnen und ihren Kindern die Möglichkeit sichert, an allen Gütern der Kultur, an allen Segnungen der menschlichen Arbeit teilzunehmen — ein solches Volk kann niemals besiegt werden. Diese Worte gelten heute noch mehr als zu Lebzeiten Lenins. Heute steht die Sowjetunion als sozialistische Macht nicht mehr allein. Stalins weise Politik und seine Kriegskunst haben der Sowjetunion den Sieg und den vom Faschismus versklavten Völkern die Befreiung gebracht.

Heute ist die internationale Isolierung der Sowjetunion durchbrochen. An ihrer Seite stehen die Volksrepubliken Europas und Asiens. Heute ist die Sowjetunion der führende Staat des einheitlichen und mächtigen sozialistischen Lagers. Daran sollten die Kriegstreiber in USA und ihre Feldwebel in Bonn denken. Heute kann jeder kriegerische Überfall auf das Lager des Sozialismus nur mit dem Untergang des Weltimperialismus enden.

Es gibt kein kapitalistisches Land, dessen Industrie und Landwirtschaft, Verkehrswesen und kulturelle Einrichtungen in gleichem Maße unter dem zweiten Weltkrieg gelitten hätte wie die Sowjetunion. Die ganze Überlegenheit der sowjetischen Gesellschaftsordnung tritt darin zutage, daß es trotzdem kein kapitalistisches Land gibt, daß ähnliche Erfolge in der Wiederherstellung seiner zerstörten Städte und Dörfer, Industrie und Landwirtschaft und eine derartige Überschreitung des Vorkriegsniveaus aufzuweisen hätte wie die Sozialistische Sowjetunion. Der Stalinsche Nachkriegsfünfjahrplan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft wurde nicht nur erfüllt, sondern beträchtlich überboten. Im Jahre 1952 ist die sowjetische Industrieproduktion 2,3 mal so hoch wie die des Jahres 1940, des letzten Vorkriegsjahres. Es werden 25 Millionen Tonnen Roheisen, 35 Millionen Tonnen Stahl, 27 Millionen Tonnen Walzwerkserzeugnisse, 300 Millionen Tonnen Kohle und 47 Millionen Tonnen Erdöl erzeugt. Gemessen am Stand von 1940 ist das eine Erhöhung bei Roheisen um ungefähr 70 Prozent, bei Stahl um ungefähr 90 Prozent, bei Walzwerkserzeugnissen um mehr als das Doppelte, bei Kohle um gut 80 Prozent und bei Erdöl um gut 50 Prozent.

Diese Angaben im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU trafen die imperialistischen Kriegstreiber wie Keulenschläge. Die amerikanischen Schreiberlinge der Westberliner und westdeutschen Presse versuchten, sie durch alle möglichen Rechenkunststücke herabzusetzen. Es wird daher gut sein, noch eine andere Zahlenreihe anzuführen. Gemessen am Stand vom Jahre 1940 steigerte sich, je Kopf der Bevölkerung gerechnet, in der Sowjetunion die Erzeugung von Roheisen um 50 Prozent, von Stahl um 70 Prozent, von Kohle um 60 Prozent, von Zement

um 100 Prozent, von Baumwollgeweben um 20 Prozent, von Wollstoffen um mehr als 60 Prozent und von Papier um 70 Prozent.

Einzigartige Erfolge hat auch die sowjetische Landwirtschaft zu verzeichnen. Betrug zum Beispiel der Bruttoertrag an Getreide im zaristischen Rußland etwa 4 bis 5 Milliarden Pud, so lieferte die sozialistische Landwirtschaft bereits im Jahre 1940 einen Bruttoertrag an Getreide von 7,3 Milliarden Pud und erreichte im Jahre 1952 8 Milliarden Pud. Damit ist das Getreideproblem in der Sowjetunion ein für allemal gelöst. Der Bruttoertrag an Weizen ist in diesem Jahr um 48 Prozent höher als 1940. Die Sowjetunion erzeugt heute mehr Weizen als Amerika, Kanada, Argentinien und andere ausschlaggebende Weizenländer der kapitalistischen Welt.

Auf der Grundlage dieser gewaltigen Leistungen in Industrie und Landwirtschaft erfolgte auch die rasche Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Sowjetvölker. Die Gesamtsumme der Einnahmen der Arbeiter und Angestellten und der Einkünfte der Bauern war, in vergleichbaren Preisen ausgedrückt, im Jahre 1950 um 62 Prozent höher als 1940. Aus der Sozialversicherung, an Pensionen, an Ausgaben für Sanatorien, Erholungsheime, Kinderbetreuung, ärztliche Hilfe, Stipendien und anderen Zuwendungen und Vergünstigungen erhielt die Bevölkerung im Jahre 1950 mehr als dreimal soviel wie im Jahre 1940.

Das sind nur einige wenige, aber kennzeichnende Zahlen aus der stolzen Bilanz der heroischen Aufbauarbeit, die die Völker der Sowjetunion unter der Führung der Kommunistischen Partei nach den Weisungen des großen Stalin vollbracht haben. Alles das aber wäre ohne die Große Sozialistische Oktoberrevolution, ohne den Sturz der Kapitalisten und Gutsbesitzer nicht denkbar. Genosse Stalin schreibt in seiner neuen klassischen Arbeit:

„Niemand kann die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte unserer sowjetischen Industrie während der Fünfjahrpläne leugnen. Diese Entwicklung hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn wir nicht die alten, kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Oktober 1917 durch neue, sozialistische Produktionsverhältnisse ersetzt hätten. Ohne diese Umwälzung in den Produktionsverhältnissen, in den ökonomischen

Verhältnissen unseres Landes würden die Produktivkräfte bei uns ebenso dahinvegetieren, wie sie heute in den kapitalistischen Ländern dahinvegetieren.

Niemand kann die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte unserer Landwirtschaft in den letzten 20—25 Jahren leugnen. Diese Entwicklung hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn wir nicht in den dreißiger Jahren die alten, kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande durch neue, kollektivistische Produktionsverhältnisse ersetzt hätten. Ohne diese Umwälzung in der Produktion würden die Produktivkräfte unserer Landwirtschaft ebenso dahinvegetieren, wie sie heute in den kapitalistischen Ländern dahinvegetieren.“¹

In der genialen Arbeit des Genossen Stalin sind jedoch nicht nur die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion wissenschaftlich erforscht und verallgemeinert, sie rüstet die Kommunistische Partei der Sowjetunion auch mit einem wissenschaftlich ausgearbeiteten Programm für den Aufbau des Kommunismus aus. Bereits auf dem XVIII. Parteitag hat Genosse Stalin nachgewiesen, daß der Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion möglich und die Erhaltung des Staates im Kommunismus notwendig ist, sofern die kapitalistische Umkreisung des Sowjetlandes bestehen bleibt. In seiner neuen Arbeit hat er die Gesetze der gesellschaftlichen Produktion und der Verteilung der materiellen Güter in der sozialistischen Gesellschaft allseitig erforscht und die wissenschaftlichen Grundlagen für die Entwicklung der sozialistischen Ökonomik festgelegt, die Wege für den allmählichen Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus gewiesen. Nach dem von ihm ausgearbeiteten Grundgesetz des Sozialismus ist das Ziel der sozialistischen Produktion die Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft. Das Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.

Ausgehend von dem Grundgesetz des Sozialismus sehen die vom XIX. Parteitag angenommenen Richtlinien für den fünften

¹ J. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 62/63.

Fünfjahrplan, das heißt für die Jahre 1951 bis 1955, einen neuen mächtigen Aufschwung aller Wirtschaftszweige der Sowjetunion, eine noch stärkere Entfaltung des industriellen Aufbaus und des Wohnungsbaus sowie eine ununterbrochene Erhöhung des materiellen Wohlstandes und der Kultur der Werktätigen vor. Die industrielle Produktion wird sich bis zum Jahre 1955 um 70 Prozent erhöhen und damit die Industrieproduktion vom Jahre 1940 um das Dreifache übersteigen. Neben einem hohen Wachstumstempo der Schwerindustrie sieht der fünfte Fünfjahrplan eine enorme Erhöhung der Produktion der Leicht- und Lebensmittelindustrie vor. Sie stützt sich auf einen großen Aufschwung der sozialistischen Landwirtschaft. Als ihre wichtigsten Aufgaben bezeichnen es die Richtlinien für den fünften Fünfjahrplan, den Ernteertrag aller landwirtschaftlichen Kulturen zu erhöhen, die vergesellschaftete Viehzucht zu vergrößern und gleichzeitig ihren Ertrag beträchtlich zu steigern, in den Kollektivwirtschaften die vergesellschaftete Wirtschaft zu entwickeln und zu stärken, die Arbeit der Sowjetwirtschaften und der Maschinen- und Traktoren-Stationen auf der Grundlage der fortschrittlichsten Technik und Agrokultur zu verbessern.

Auf Grund des im fünften Fünfjahrplan vorgesehenen Wachstums der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion wird der Einzelhandelsumsatz des staatlichen und genossenschaftlichen Handels um 70 Prozent ansteigen. Der planmäßige Charakter der sozialistischen Wirtschaft, die keine Krisen und Zusammenbrüche kennt, sichert die Vollbeschäftigung aller Arbeitskräfte und das ununterbrochene Ansteigen des materiellen Wohlstandes der werktätigen Massen. Er gibt dem Sowjetstaat die Möglichkeit, immer schwierigere Aufgaben des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus zu lösen.

Doch wäre es falsch, zu glauben, daß die einfache Steigerung der Produktion von selbst zum Kommunismus führt. Um den wirklichen Übergang zum Kommunismus vorzubereiten, so lehrt Genosse Stalin, ist es notwendig, mindestens drei grundlegende Vorbedingungen zu erfüllen.

„Erstens ist es notwendig . . . das ununterbrochene Wachstum der gesamten gesellschaftlichen Produktion bei vorwiegender Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln zu gewährleisten . . .

Zweitens ist es notwendig, das kollektivwirtschaftliche Eigentum vermittels allmählicher, den Kollektivwirtschaften und folglich der gesamten Gesellschaft zum Vorteil gereichenden Übergänge auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben und die Warenzirkulation ebenfalls vermittels allmählicher Übergänge durch ein System des Produktaustauschs zu ersetzen...

Drittens ist es notwendig, ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft zu erreichen, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ausreichende Bildung zu erwerben, um aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung mitzuwirken, damit sie die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen und nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.¹

Aber gerade diese letzte Vorbedingung ist nur zu erfüllen, wenn in der Lage der Arbeit ernste Veränderungen erreicht werden. Das erfordert, den Arbeitstag mindestens auf sechs und später auf fünf Stunden zu verkürzen. Dann werden die Mitglieder der Gesellschaft genügend freie Zeit haben, um eine allseitige Bildung zu erwerben. Weiter betrachtet es Genosse Stalin als notwendig, den allgemeinen obligatorischen polytechnischen Unterricht einzuführen, damit die heranwachsenden Menschen ihren Beruf wirklich frei wählen können und nicht zeitlebens an einen bestimmten Beruf gefesselt bleiben. Schließlich erachtet es Genosse Stalin für notwendig, die Wohnungsverhältnisse grundlegend zu verbessern und den Reallohn der Arbeiter und Angestellten mindestens um das Doppelte, wenn nicht mehr, zu erhöhen. Erst nach Erfüllung aller dieser Vorbedingungen wird man von der sozialistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ zur kommunistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ übergehen können.

So nimmt die kühne Voraussicht von Marx und Engels, die uns Alten einmal als ein idealer Traum erschien, in unserer Stalinischen Epoche unter Stalins genialer Führung in der Sowjetunion die Gestalt eines weitgesteckten, aber konkreten Programms an.

¹ Ebenda, S. 68—70.

Wohl wir alle, die wir als Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien aus den Volksrepubliken und den kapitalistischen Ländern am XIX. Parteitag teilnahmen, haben bei seinen Beratungen und Beschlüssen das beglückende Gefühl gehabt, Zeugen und Mitkämpfer des Anbruchs einer neuen Ära der Menschheitsgeschichte zu sein.

Wir haben von neuem den Beweis dafür erhalten, daß die Politik der KPdSU richtig ist, weil sie stets ausgeht von den in der gesellschaftlichen Entwicklung herangereiften Erfordernissen. Das Sowjetvolk sieht in der Politik der KPdSU den Ausdruck seiner Tagesforderungen ebenso wie den seiner edelsten Wünsche und Bestrebungen. Daher das unerschütterliche Vertrauen der Volksmassen des Sowjetlandes zur Politik der KPdSU, daher ihr aktiver Kampf für die Verwirklichung der Parteilösungen. Deshalb stehen aber auch die Ausgebeuteten und Unterdrückten der kapitalistischen und kolonialen Länder ebenso wie die Erbauer der Grundlagen des Sozialismus in den Volksrepubliken in unverbrüchlicher Treue zur KPdSU und ihrem genialen Führer, dem Genossen Stalin.

In einer Antwortrede auf die Begrüßungen der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien an den XIX. Parteitag hat Genosse Stalin an die Jahre erinnert, da die Sozialistische Sowjetunion allein stand, als sie allein die Rolle der Stoßbrigade der revolutionären Bewegung der Welt erfüllte. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat die Hoffnungen der Unterdrückten und Ausgebeuteten nicht enttäuscht. Unter ihrer Führung hat die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg die deutsche und die japanische Tyrannei zerschmettert und die Völker Europas und Asiens von der Gefahr der faschistischen Sklaverei befreit. Dieser beispiellos heroischen Leistung der Sowjetvölker ist es zu danken, daß heute die Volksrepubliken Europas und Asiens und auch unsere Deutsche Demokratische Republik bestehen. Seit dem historischen Sieg des großen chinesischen Volkes ist insgesamt ein Drittel der Menschheit und ein Viertel des Erdballs dem Joch des Imperialismus entrissen. Diese Staaten bilden das friedliebende, demokratische Lager unter der Führung der Sozialistischen Sowjetunion.

Ihm gegenüber steht das aggressive, antidemokratische Lager,

das von den imperialistischen Vereinigten Staaten von Amerika geführt wird. Diesen zwei Lagern entsprechen zwei unterschiedliche wirtschaftliche und politische Entwicklungen. In der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie haben wir einen ununterbrochenen Aufschwung der Friedenswirtschaft, einer Wirtschaft, die keine Krisen kennt und sich im Interesse der Sicherung der maximalen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft entwickelt. In diesen Ländern ist eine systematische Hebung des Lebensniveaus der Volksmassen und die Vollbeschäftigung aller Arbeitskräfte gewährleistet. Zwischen ihnen besteht eine freundschaftliche, wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie haben die wirksame und technisch qualifizierte Hilfe der Sowjetunion, die ihren wirtschaftlichen Aufschwung außerordentlich beschleunigt. Daran konnte auch die Blockade durch die USA, England und Frankreich nichts ändern. Im Gegenteil: sie hat die Herausbildung des neuen Weltmarktes nur gefördert. Den Zerfall des einheitlichen, allumfassenden Weltmarktes aber betrachtet Genosse Stalin als das wichtigste ökonomische Ergebnis des zweiten Weltkrieges und seiner wirtschaftlichen Folgen.

Völlig anders ist die Nachkriegsentwicklung in den imperialistischen Ländern. Sie winden sich in den Fängen der sich ständig vertiefenden Krise des Kapitalismus und der ständig wiederkehrenden Wirtschaftskrise. In ihnen wird die Wirtschaft militarisiert, werden einseitig die für den Krieg arbeitenden Produktionszweige entwickelt. Zwischen ihnen verschärft sich der Konkurrenzkampf. Sie trachten nach der Versklavung anderer Länder. Die gründliche Untersuchung der Weltlage, wie sie im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XIX. Parteitag durch Genossen Malenkow gegeben wurde, führte zu der Feststellung:

„Der zweite Weltkrieg hat die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche des Kapitalismus nicht nur nicht beseitigt, sondern im Gegenteil diese Widersprüche weiter verschärft, die Wirtschaft der kapitalistischen Länder zerrüttet und die allgemeine Krise des kapitalistischen Weltsystems vertieft.“¹

¹ G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU(B) an den XIX. Parteitag“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 9.

Auf verengtem Raum, bei verringerten Rohstoffquellen und Absatzmärkten für die kapitalistischen Monopole, tobt heute der Kampf zwischen den Imperialisten der einzelnen Länder. Während die europäischen Länder und im Fernen Osten auch Japan durch den zweiten Weltkrieg schwere Schäden erlitten haben, haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika bereichert. Die amerikanischen Milliardäre festigten ihre Positionen, aber es gelang ihnen nicht, die Herrschaft des amerikanischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt zu errichten. Der amerikanische Imperialismus ist heute der internationale Ausbeuter und Unterdrücker der Völker. Um der eigenen Profite willen desorganisiert er die Wirtschaft der übrigen kapitalistischen Länder.

Auf der Grundlage dieser Entwicklung ist die Gefahr des Krieges gewaltig gestiegen. Im Krieg suchten die Imperialisten noch stets den Ausweg aus ihren Schwierigkeiten. Gleichzeitig war der Krieg für sie stets das beste Geschäft. So werden auch jetzt von den amerikanischen Kriegsinteressenten große Hoffnungen auf die Wahl des Generals Eisenhower zum Präsidenten der USA gesetzt. Das zeigt sich auch darin, daß die Aktien der Rüstungs- und Kriegsindustrie sofort erheblich zu steigen beginnen.

Der ganze Haß der Imperialisten richtet sich gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder, die unbeirrbar die Sache des Friedens verteidigen. Nach 35 Jahren der Entwicklung der Sowjetmacht, die zur wirtschaftlichen und kulturellen Blüte geführt haben, sind die Sowjetvölker mehr als je zuvor von der festen Gewißheit erfüllt, daß das sozialistische Wirtschaftssystem im friedlichen Wettbewerb von Jahr zu Jahr immer anschaulicher seine Überlegenheit über das kapitalistische Wirtschaftssystem beweisen wird. Darum vertritt die Sowjetunion, wie Genosse Malenkov erklärte, die Perspektive der Erhaltung des Friedens, die Perspektive des Friedens zwischen den Völkern. Diese Perspektive erfordert das Verbot der Kriegspropaganda gemäß dem Beschluß der UNO, das Verbot der Atomwaffe und der bakteriologischen Waffe, die konsequente Einschränkung der Streitkräfte der Großmächte, den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den Mächten, die Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern, die Wiederher-

stellung eines einheitlichen internationalen Marktes und andere Maßnahmen für die Festigung des Friedens.

In diesem Sinne trat der Außenminister der Sowjetunion, Genosse Wyschinski, auf der jetzigen Tagung der Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen gegen die verschiedenen Kriegsblocks auf, die unter Führung und nach den Weisungen der amerikanischen Imperialisten in Europa, im Mittleren und Nahen Osten, in Südamerika und im Stillen Ozean zusammengezimmert werden. In diesem Sinne forderte er die Vereinten Nationen auf, den Weg zur Lösung der Korea-Frage zu beschreiten und dem tapferen und so schwer leidenden koreanischen Volk den Frieden und die Möglichkeit der Vereinigung Koreas durch die Koreaner selbst zu geben.

Die unbeirrbar Stalinsche Friedenspolitik ist für das deutsche Volk von ganz besonders großer Bedeutung. Die gefährvolle Situation, in der sich die Bevölkerung Westdeutschlands befindet, kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch die Feststellung des Genossen Malenkow, daß die herrschenden Kreise der USA und ihre Anhänger mit der Remilitarisierung Westdeutschlands und Japans vor den Augen der ganzen Welt jene zwei Herde des zweiten Weltkrieges wiederherstellen, um deren Beseitigung willen die Völker in diesem Krieg ihr Blut vergossen haben. Man darf nicht so lange warten, bis aus diesem Kriegsherd wieder die Flammen auflodern, bis Phosphorkanister und Napalmbomben unsere Städte und Dörfer wieder in Schutt und Asche legen. Der Friede muß gesichert werden, bevor es zu spät ist.

Das deutsche Volk steht vor der Entscheidung, zum Landsknecht der amerikanischen und englischen Imperialisten zu werden oder den richtigen Weg, den Weg des Friedens, zu wählen. Diesen Weg hat die Sowjetregierung aufgezeigt, und die KPdSU hat ihn auf dem XIX. Parteitag erneut gewiesen. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees wurde hervorgehoben, daß sich unter den Siegern des zweiten Weltkrieges der sozialistische Sowjetstaat befindet. Diese Tatsache schuf für die Völker der besiegten Staaten eine völlig neue, in der Geschichte bis dahin nie dagewesene Lage und Möglichkeit. Die Politik des Sowjetstaates erschließt jedem Land, das die Akte über die be-

dingungslose Kapitulation unterzeichnet hat, die Möglichkeit einer friedlichen, demokratischen Entwicklung, des Aufschwunges seiner Friedensindustrie, der Landwirtschaft, des Warenabsatzes auf den Auslandsmärkten sowie der Aufstellung nationaler Streitkräfte, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind. Davon ausgehend, erklärte Genosse Malenkov:

„In Ubereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen verfolgt die Sowjetunion unentwegt eine Politik, die auf den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, auf den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland und auf die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands gerichtet ist, wobei sie im Auge hat, daß die Existenz eines solchen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“¹

Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk diesen richtigen Weg, den Weg des Friedens, wählen wird.

Genosse Stalin weist in seiner neuen wissenschaftlichen Arbeit darauf hin, daß Westdeutschland und Japan jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein fristen, daß ihre Industrie und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise durch das amerikanische Besatzungsregime gefesselt sind. Der Generalkriegsvertrag und der Vertrag über die Söldnertruppen der Europa-Armee, die in Bonn und Paris unterzeichnet wurden, haben das Ziel, diesen Zustand zu sanktionieren und zu verewigen. Diese Kriegsverträge sollen eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen und Westdeutschland auf ein halbes Jahrhundert der Besetzung durch imperialistische Truppen unterwerfen. Die westdeutsche Wirtschaft, vor allem die Schwerindustrie, wird in den Dienst der amerikanisch gelenkten europäischen Aufrüstung gestellt. Die deutsche Jugend soll unter Hitlergeneralen in den Söldnertruppen der sogenannten Europa-Armee dienen und auf Befehl des amerikanischen Oberkommandierenden des Atlantikpaktes ihre Haut für fremde imperia-

¹ Ebenda, S. 32.

listische Interessen zu Markte tragen. Obendrein aber soll die ganze Last der Finanzierung der Besatzungstruppen, der Aufrüstung, der Aufstellung und des Unterhaltes der deutschen Söldnertruppen zuzüglich der Rückerstattung und Verzinsung der Auslandsschulden Hitlerdeutschlands und der Bundesrepublik auf die westdeutsche Bevölkerung abgewälzt werden, die dadurch noch tiefer in Not und Elend hineingestoßen wird.

Die Hauptstütze der Politik des nationalen Verrats, der mit der geplanten Ratifizierung der Kriegsverträge von Bonn und Paris an den Lebensinteressen des deutschen Volkes verübt werden soll, ist das reaktionäre Monopolkapital und Junkertum, deren Machtpositionen in Westdeutschland mit Hilfe der amerikanisch-englischen Imperialisten wiederhergestellt wurden. Das Monopolkapital hat sich mit den äußeren Feinden der deutschen Nation verbunden, denen es mit Hilfe der Bonner Vasallenregierung die Versklavung und Ausplünderung Westdeutschlands ermöglicht. Die Monopolkapitalisten betreiben die Remilitarisierung und Aufrüstung Westdeutschlands, weil sie darin und schließlich in einem Krieg ihr bestes Geschäft sehen. Insofern liefert Westdeutschland die anschaulichste Bestätigung für die Feststellung, die Genosse Stalin in seiner hervorragenden Rede auf dem XIX. Parteitag traf:

„Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen.“¹

Die Kriegsverträge bringen eine weitere Faschisierung der politischen Zustände Westdeutschlands und damit eine Verschärfung des Terrors gegen alle demokratischen Kräfte, die für den Frieden und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands eintreten. Sichtbare Beweise dafür sind die in den letzten Wochen erfolgten Enthüllungen über die von amerikanischen Besatzungsbehörden finanzierten und ausgerüsteten faschistischen Mordorganisationen. Sie haben nicht nur Listen für die Ermordung von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Friedensanhängern aufgestellt, sondern auch schon zahlreiche

¹ J. W. Stalin, „Rede auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“, S. 13.